

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

162 (17.7.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83828](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83828)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Bisherige Zeitung, Dämmer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4.62 Mark; zweimonatlich 2.80 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.08 Mark; einmonatlich 1.40 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.54 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis u. franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Pettzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Reklamazeile 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets zuvor entgeltlich. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Aufschub, Verzögerung in unserem eigenen Bereiche oder beim weiteren Versenden haben der Verlag und Inhaber keine Gewähr, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint.

Nr. 162. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. Freitag, Donnerstag, 17. Juli 1919. Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: B. Barfmann, Achternstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

### rd. Erzberger vor dem Tribunal der Alldeutschen.

Das bei den Alldeutschen der Hof gegen die Regierungsparteien schon ihren ohnehin geringen politischen Wertand erschlagen hat, wurde erneut offenbar auf dem ersten deutsch-nationalen Parteitag in Berlin. Man ist wieder obenau. Nachdem die Revolution sehr glimpflich mit den Herren Richtig der Erde verfahren hat, kommt der Ton eines Oldenburg-Janus aus wieder zu seinem Recht. Ein Register von Tobsuchtsanfällen widerwärtiger Alldeutscher — das nennt sich Parteiung der Deutsch-Nationalen. Man preißt Hof nach außen und Hof nach innen, Hof gegen unsere Feinde, obwohl die Alldeutschen am allerwenigsten Grund haben, auf die uns von den Feinden auferlegten grausamen Lebensbedingungen, zu schimpfen; denn die Feinde haben uns ja kein Gewalttätigen beifert, den unsere Alldeutschen den Scheiden auferlegt hätten, wenn sie gekannt hätten, wie sie wollten. Sie preßten Hof im Innern und zeigten die „dappere Landeskriegs“ im Lande herum und fordern das Haupt des Reichsministers Erzberger, ihres befehligen Gegners.

Wir wollen nur einige der Ausprüche zitieren, die von einem ganz kühnen Hof gegen Erzberger geäußert, und den gerade zu beurteilen man einfach nicht mehr fähig ist. Hauptsächlich den Erzberger in seiner großen Programmrede mit Recht als den schicksalhaftesten aller Finanzminister bezeichnet, sagte in Berlin: „Ich besaß nicht mit besonderer Vorliebe mit Herrn Erzberger, es ist mir unangenehm, daß ich ihn berühren muß.“ Ist es Herr Heflerich nur unangenehm, daß er Herrn Erzberger berühren muß, so geht der frühere Direktor des Kruppischen Werkes, Hogenberg, gleich soweit, daß er Erzberger überhaupt keine Ehre abridigt, denn er sagt, „er nehme von Erzberger niemals an, daß er nach dem Wissen und Gewissen handle.“ Nun, dieses Lobesurteil des alldeutschen Tribunals wird Herrn Erzberger völlig kalt lassen. Den Herrn der alldeutschen Mäntel hat jedenfalls der Zuschauer getroffen, der sein „Erzberger muß aufgehängt werden“ in der Verlesung der Mäntel ohne Furcht und Zabel geschmetzert hat. Würdig schließt sich an diesem frommen Wunsch auch der Wunsch der alldeutschen „Wiederholung“ aus, die Erzberger leben Tag und Nacht als Verbrecher brandmarkt, und ihm in der Morgen Ausgabe vom Dienstag den wohlgemeinten Rat gibt, Selbstmord zu verüben.

Wenn spätere Geschichtsschreiber diese Ergüsse wildgeordneter alldeutscher Schreier und Fideleigeltiger in die Hände fallen werden, werden sie gewiß ein großes Erbarmen haben mit dem lebenden deutschen Geschlecht, das n. a. alldeutscher Schänderung nur eine Herde von Troviten sein kann, die den Verbrecher Erzberger immer wieder ins Garn läuft. Wir glauben aber, spätere Geschichtsschreiber werden dann am Ende dieser alldeutschen Reden und Zeitungssartikel schon feststellen, daß den Rednern und Schreibern in ihrem Oberflächlichen überhand durcheinander geraten sein muß. Verdrückt billigt man durchgehends mildernde Umstände zu und Herr Erzberger wird deshalb auch ihre Ergüsse mit der Gelassenheit weiter tragen können, die er ihnen gegenüber bisher bewiesen hat. Es ist den Alldeutschen nicht leicht gemacht, einen Minister zu füttern. Wie hatten sie es früher doch bequem. Ein Wort an die Vertrauensmänner im Großen Hauptquartier und der verdächtige Minister verschwand in der Verlesung. Die Seiten haben sich glücklicherweise geändert. Heute wollen wir dafür sorgen, daß die Vertrauensmänner der Demokratie einen ehernen Wall gegen die Machtgier der Alldeutschen bilden.

Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes wird der angewiesenen Katastrophopolitik alldeutscher Schreier keine Folge leisten; es wird Herrn Erzberger Recht geben, dessen einziges „Verbrechen“ darin besteht, daß er im Sommer 1917 Herrn Graf eingehend hat, was die alldeutschen Kriegsbeschäftigter erst im Juni 1919 allmählich begriffen. Das der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Das Erzberger den Gedanken eines Verständigungsfriedens konsequent verfolgte, die Deutschland um heute jeder Einseitige und mit Herrn Erzberger sich heute über die Welt der Alldeutschen trüben, denn der Hof, der ihm heute gilt, weil er den bewundernswerten Mut gehabt hat, für die bittersten Notwendigkeiten, die Deutschland zu erfüllen gesungen war, die Verantwortung zu übernehmen, hätte ihm zumindest in dem gleichen Wege gegolten, wenn wir vor zwei Jahren einen Frieden nach den Forderungen der Friedensforscher betonen hätten — und für einen solchen Frieden würde heute auch jeder Alldeutsche Gott auf den Ärmel danken.

### Das Reichsnotopfer.

Der Reichsminister der Finanzen erfüllt sein Versprechen, den Gesetzentwurf über die große Vermögensabgabe der Öffentlichkeit bekanntzugeben, sehr schnell. Der „Reichsanzeiger“ wird die 53 Paragraphen des Gesetzentwurfs bringen, der die Beziehung, Entwurf eines Gesetzes über das Reichsnotopfer“ trägt. Der § 1 und Leitzahl lautet: „Der äußersten Not des Reiches opfert der Besitz durch eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu bemessende große Abgabe vom Vermögen (Reichsnotopfer).“

Die Abgabepflicht erstreckt sich auf die Angehörigen des Deutschen Reiches, auf staatenlose Personen, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, auf Ausländer, die sich im Deutschen Reich dauernd des Erwerbs wegen aufhalten. Daneben sollen Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, eingetragene Genossenschaften, landwirtschaftliche und rittergüterliche Kreditanstalten, Bergwerksgesellschaften usw., aber auch alle sonstigen juristischen Personen, sowie nichtrechtsfähige Vereine und Stiftungen ohne juristische Persönlichkeit, wenn auch mit Aktiengesellschaften, der Abgabe unterworfen werden.

Unterschiede bestehen sich zunächst darauf, daß Aktiengesellschaften usw. mit dem Reinerlös nach Abzug des Grundkapitals abgabepflichtig sind. Dagegen sind alle anderen erwerblichen Abgabepflichtigen mit Ausnahme der Ausländer mit dem ganzen Vermögen zum Reichsnotopfer heranzuziehen. Bei den Ausländern, die sich im Deutschen Reich dauernd des Erwerbs wegen aufhalten, bleibt das ausländische Grund- und Betriebsvermögen abgabefrei. Ausländische Einzelpersonen und juristische Personen, sowie ausländische Vereine, Stiftungen, die im Inlande Grund und Betriebsvermögen haben, werden mit diesem abgabepflichtig.

Abgabefrei sind: 1. die Gläubiger; 2. die Gemeinden und sonstigen Kommunalverbände aller Art; 3. die Kirchen sowie die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften; 4. Anstalten, die mangels eigener Mittel vom Reich, von den Gliedstaaten oder von sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften teilweise oder dauernd unterhalten werden; 5. die Reichsbank; 6. die Anstalten der reichsgesetzlichen Unfall-, Invaliden-, Krankenversicherung und Versicherung für Anwerfelle; 7. die auf Gegenseitigkeit gegründeten Waisen-, Waisen-, Erb-, Kranken- und Kassen öffentlicher Art; 8. Stiftungen, Anstalten oder Vereine, die ohne Beschränkung auf einen bestimmten engeren Personenkreis und ohne Erwerbssichten ausschließlich einem oder mehreren der nachfolgenden genannten Zwecke dienen: der Armenpflege, der Krankenpflege, der Waisenernennung, Säuglings-, Kleinkinder- und Waisenspflege für Waisenbittelle, der Fürsorge für Kriegsteilnehmer oder Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern.

Vermögen im Sinne des Gesetzesworts ist das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden, wobei jedoch Hausbankverbindlichkeiten und Schulden und Lasten, die in wirtschaftlicher Beziehung zu nichtabgabepflichtigen Vermögensstellen stehen, unberücksichtigt bleiben.

Das Vermögen gehört u. a. auch der Kapitalwert der Rechte auf Renten und andere wiederkehrende Leistungen und Leistungen, ferner noch nicht fällige Ansprüche aus Versicherungen. Dagegen sind nichtabgabepflichtig Ansprüche an Waisen-, Waisen- und Pensionskassen, Ansprüche aus einer Kranken- oder Unfallversicherung usw. aus Renten und Bezügen, die mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gemacht werden. Zum steuerbaren Vermögen gehören auch nicht Möbel und Hausrat, wohl aber Edelsteine, Perlen oder Gegenstände aus edlem Metall, soweit ihr Gesamtwert den Betrag von 20 000 Mk. übersteigt.

Das Vermögen der Ehegatten wird zusammengefaßt, sofern sie nicht dauernd voneinander getrennt leben. Schenkungen, die der Abgabepflichtige oder seine Ehefrau nach dem 31. Juli 1914 an Kinder oder an deren Abkömmlinge vorgenommen hat, sind dem Vermögen des Schenkenden hinzuzurechnen. Ausgenommen sind Zuwendungen im Werte von weniger als 1000 Mk., fortlaufende Zuwendungen zum Zwecke des handwerklichen Unterrichts oder der Ausbildung, Zuwendungen auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs und übliche Gelegenheitsgeschenke. Eine Kapitalabfindung, die jemand als Entschädigung für den durch Körperverletzung oder Krankheit herbeigeführten körperlichen oder zeitweiligen Verlust der Erwerbsfähigkeit empfangen hat, ist nicht abgabepflichtig. Die Aktiengesell-

schaften usw. sind, wie schon oben bemerkt, befreit, das Grundkapital bei der Feststellung des Reichsnotopfers in Abzug zu bringen. Sie dürfen ferner abgeben die Rücklagen für Wohlfahrtszwecke, deren entsprechende Verwendung gesichert ist, und, soweit es sich um Versicherungsunternehmungen handelt, die Rücklagen für die Versicherungssummen und für die dem Versicherer selbst als sogenannter Dividende zurückzugewanderten Prämienüberschüsse. Die Bergwerksgesellschaften, Genossenschaften usw., die kein Grund- oder Stammkapital haben, dürfen nach näherem aus dem Gesetzentwurf sich ergebenden Vorschriften entsprechende Abzüge machen.

Wenn auch die Bewertung von Grundstücken im allgemeinen nach dem gemeinen Wert zu erfolgen haben wird, so ermäßigt sich doch bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, der Wertansatz um ein Viertel. Bei Baugrundstücken kann der Abgabepflichtige verlangen, daß der gemeine Wert nach eigener Einschätzung festgesetzt wird. In diesem Falle muß aber dem Reich, dem Staat oder der Gemeinde bis zum 31. Dezember 1920 das Recht eingeräumt werden, das Grundstück für den selbst-eingeschätzten Wert zuzüglich Zinsen, Kosten und Aufwendungen zu erwerben.

Der Erlaß für die Ermittlung des Vermögenswertes ist der 31. Dezember 1919.

### Die Schulfrage im Reich und in den Einzelstaaten.

Die Schulgesetzgebung war im alten Deutschen Reich vor der Revolution ausschließlich Sache der Einzelstaaten. Neuerdings hörte man von Verhandlungen über Kirche und Schule auch in der deutschen Nationalversammlung. Gleichzeitig wurden auch zwischen den beteiligten Parteien im preussischen Landtage Verhandlungen in der Schulfrage geführt, die sich mit denen in Weimar zu freuzen schienen. Irrtümlich werden in der Öffentlichkeit Zusammenhänge zwischen den vertraulichen Besprechungen in Weimar und denen in der preussischen Landesversammlung und anderen Einzelstaaten konstruiert. Wie hängen diese Dinge zusammen, und wie sind sie zu beurteilen?

Der Entwurf der Reichsverfassung, wie er zur Zeit in der Deutschen Nationalversammlung in zweiter Lesung beraten wird, regelt in seinem fünften Abschnitt die Aufgaben des Reiches und stellt deren Grenzen ab gegenüber den Einzelstaaten. Dabei werden dem Reich ganz unterschiedliche Vollmachten erteilt, unterschiedlich in der Sache, aber auch in der Abgrenzung der Kompetenzen. Zum Teil ist das Reich ausschließlich bevollmächtigt, zum Teil ist es seine Vollmachten auf gewissen Gebieten neben den Einzelstaaten aus, zum Teil muß es gewisse Dinge in seinem Bereich ziehen, zum Teil kann es dies tun. Im letzteren Falle wiederum kann es sich um den Erlaß von Gesetzen handeln, falls ein Bedürfnis vorliegt und nachzuweisen ist, oder aber das Reich ist vollständig frei in seinem Vorgehen. Ueber diese zuletzt gekennzeichnete Kompetenz des Reiches handelt Art. 19 der Reichsverfassung. Darin heißt es: „Das Reich hat im Wege der Gesetzgebung, Grundzüge aufstellen, für 1. die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften, 2. das Schulwesen, einschließlich des Hochschulwesens. Dem folgen weitere Vollmachten, die in diesem Zusammenhang nicht interessieren. Demnach hat neuerdings das Reich die Möglichkeit, in den genannten Kulturfragen Gesetze zu erlassen, die als Reichsgesetz allen Landesgesetzen vorgehen und auch bestehende Landesgesetze außer Kraft setzen können. Es ist sogar möglich, daß sie auf dem Wege der Verfassung oder auf dem Wege eines Gesetzes das Reich verpflichten, derartige Gesetze über grundsätzliche Fragen dieser Art zu erlassen.“

Auf den Erlaß eines solchen grundsätzlichen Gesetzes zielt das augenblicklich in Weimar abgehandelte Schulprogramm zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Es ist zu beachten, daß diese Gesetzgebung Vollmachten des Reiches auf die grundsätzliche Stellung beschränkt, also z. B. auf Fragen wie diese: soll die Simultanschule die allein herrschende sein, oder soll daneben auch die Konfessionschule in Geltung bleiben? Unter welchen Bedingungen soll das geschehen? Sollen Konfessionslose — höhere und Volksschulen — gegründet werden können, und unter welchen Bedingungen? Soll der Schulunterricht unentgeltlich sein? Wie ist der Religionsunterricht in den Schulen zu behandeln. Darüber hinaus wird es sich handeln um die Durchführung und Anwendung solcher Grundzüge sowie um die Regelung von Fragen, die durch eine solche Reichsgesetzgebung nicht geregelt sind, wie z. B. die Frage: Wie soll die Dreisprachigkeit ausgeführt werden? Wie

soll der Wille der Eltern hinsichtlich der Erziehung ihrer Kinder festgesetzt werden? Anwieviel können und sollen die Eltern an der Verwaltung der Schule beteiligt werden. Die Regelung aller dieser Fragen ist auch nach der neuen Reichsverfassung den Einzelstaaten zur gesetzlichen Regelung vorbehalten, nur sind sie dabei an den Rahmen des bestehenden Reichsgesetzes gebunden. Diese Fragen sind es, die den Gegenstand der Kompromißverhandlungen in der preussischen Landesversammlung bilden.

Nun wird man vielleicht die Frage aufwerfen, ob diese Neuerung angebracht ist. Die Antwort ist allerdings sehr unklar. Die Reaktion kommt in der sozialdemokratischen wie in der demokratischen Partei stemmen hat gegen diese so geplante Regelung im Schulwesen natürlich nur insoweit, als das Ergebnis ihnen nicht paßt. Ein anderer Einwand ist der, daß durch diese Regelung die Einzelstaaten auf dem Gebiet der Schulgesetzgebung entredet würden. Auch malt man allerdings Schreckgespenster, wie z. B. angelegte Befreiungen des Zentrums auf Befreiung des Schulwesens an die Wand. Dieser Einwand ist so töricht, daß er sich von selbst erledigt. Die Abität aller dieser Verträge, die Kompromißverhandlungen zu führen, sind zu durchzuführen, um nicht erlernet zu werden.

Gerade die Anhänger der Vereinheitlichung unseres Schulwesens sollten es begreifen, daß in dieser Weise vorgegangen werden soll. Denn wir erhalten auf diesem Wege eine einheitlichere Schulgesetzgebung, als wenn jeder Landesteil für sich allein vorgehen könnte. Es wird in den wichtigsten grundsätzlichen Fragen jedem Reichsbürger sein Recht, ganz gleich, ob er einer Mehrheit oder einer Minderheit in dem betreffenden Lande angehört. Man sollte meinen, für diesen demokratischen Gedanken sei auch die Demokratie geschaffen zu haben; aber sie jagt dem Phantom der absoluten Einheitschule nach. Dabei übersehen sie, daß eine gewisse soziale Einheitschule durch die beschriebene Regelung geschaffen wird. Die kulturelle Einheitschule im vollen Sinne des Wortes ist in sich unmöglich. Denn Erziehungsgutachten lassen sich nicht von Weltanschauung und Religionsbekenntnis trennen. Gegen unsere oben umföhrlichen Standpunkt können die Anhänger der Zwangsimultanschule nicht geltend machen, daß die Einheit des Schulwesens fürchten, wenn wir neben der Simultanschule nach der Wahl der Eltern auch Konfessionsschulen zulassen wollen. Die Zwangsimultanschule ist eine kulturelle Verengung für alle die Kreise, die eben nicht auf diesem Boden stehen. Daher ist sie als un-demokratisch abzulehnen. Für diesen Standpunkt der politischen Toleranz, den das Zentrum unentwegt vertritt, ist die Reichsgesetzgebung nach allen Erfahrungen der Revolutionszeit ein besserer Boden als die Gesetzgebung einzelner Einzelstaaten. Als außerordentlich ins-Gewicht fallend müssen wir in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß ohnehin die Souveränität der Einzelstaaten nach Lage der Dinge und unter dem Zwange der Tatsache nicht mehr gesichert ist. Ein Mittelweg zwischen Broving und Staat kann leicht an die Stelle der Einzelstaaten kommen. In dem Falle wäre es leicht, die gleiche Vollmachtsverteilung, wie sie oben zwischen Reich und den Einzelstaaten dargelegt wurde, zwischen Reich und den neuen Staatsgebilden beizubehalten. Dagegen würde man unmöglich in der Schul- und Kulturgesetzgebung antretenden büren

### Die französischen Sozialisten gegen den Gewaltfrieden.

Paris, 15. Juli. Der Nationalrat der sozialistischen Partei beendigte gestern abend die Debatte über den Friedensvertrag. Albert Thomas behauptete, daß Deutschland nicht sofort in den Welterkrieg aufgenommen werden sei. Der Nationalrat beschloß alsdann, zuerst im allgemeinen abzustimmen und sich schließlich auf eine Tagesordnung festzulegen. Es stimmten deshalb 1420 gegen den Friedensvertrag, 44 für den Friedensvertrag, 114 enthielten sich der Stimmabgabe und 887 wählten sich, abzustimmen. Aus dem wurde eine Tagesordnung Bernadels angenommen, die erklärt, die von den Alliierten beantragten völkerrechtlich verbindlichen Vorstöße auf die Selbstständigkeit bedrohter Volkstaaten müssen an den Frager gestellt werden. Es sei zu beuarn, daß Eläß-Verträge inmitten dieses Vertriebens an Frankreich zurückgeführt sei. Wie im Jahre 1871 Bismarck und Bebel gegen die Annexion Eläß-Verträge protestiert hätten, müsse heute die sozialistische Partei gegen das Schicksal, das der Bevölkerung des Saargebiets bereitet werde, protestieren und über das gesamte Friedensinstrument die härteste Beurteilung aussprechen. Die



französische Republik hätte der deutschen Republik einen gleichwertigen und gerechten Frieden geschenkt. Sie hätte ihn nicht gegeben. Aus diesen Gründen erteilte die sozialdemokratische Partei ihren Entschluß den Aufruf, gegen die Ratifikation zu stimmen. Der Vertrag wäre nicht eine Teilratifikation, sondern eine vollständige Umgestaltung erfahren. Allein die sozialistische Partei könne den Völkern und ungarischen Revolutionären, deren Sieg über die Herren der Entente man begrüße, und mit der durch die Agitation verstärkten Internationalen den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft aufnehmen. Diese Tagesordnung wurde mit 900 Stimmen angenommen. Eine Tagesordnung Renaudel, die auf Entlassung hinausging, erlangte nur 437 Stimmen. Die Tagesordnung Renaudels mit einem Zusatz, der verlangte, daß gegen den Vertrag nicht gestimmt werden solle, erhielt 399 Stimmen. Albert Thomas erklärte, daß er sich das Recht vorbehalte, für den Vertrag zu stimmen, wenn er es im Augenblick der Abstimmung für sozialistische und nationale Pflicht halte. Nach einer Pause begann eine Nachsitzung. Zu Beginn derselben erklärte sich der Nationalrat solidarisch mit den Gewerkschaften, die einen Demonstrationsstreik für den 21. Juli organisieren.

WTB. Bern, 15. Juli. Am Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs nahm Redouze zu der fassen Wirtschaft und Finanzpolitik, die der Friedensvertrag einschließt, scharf Stellung. Man hätte die Kriegskosten und internationalen Pflichten zusammenfassen müssen. Amerika würde eine derartige Lösung begrüßen haben. Jetzt scheinen sich Amerika und England mit ungefähr 150 Milliarden zufrieden geben zu wollen. Davon erhielt Frankreich ungefähr 50 Prozent, also etwa 75-80 Milliarden. Die übrigen Nationen seien Frankreich gegenüber zu nichts mehr verpflichtet. Sembard erklärte ebenfalls, die hohe Preisse, Deutschland müsse alles bezahlen, sei heute in ihrer Unhaltbarkeit offensichtlich geworden. Der Friedensvertrag werde nicht ein neues Friedens Europa, sondern ein Kriegseuropa schaffen. Hierin liege die Gefahr. Die geringe nationalsozialistische Strömung würde genügen um die Schranken fallen zu lassen. Renaudel protestierte gegen die Beschlagnahme der deutschen Rohstoffe, die der größte Schaden unterhalb des Friedensvertrages sei. Unter allgemeinem Beifall erklärte er: Freiheit bringe der Vertrag für Frankreich nicht. Kurz vor Schluß der Sitzung ergriß Longuet zu einer langen Rede das Wort. Er führte hauptsächlich aus, man hätte schon vor zwei Jahren Frieden schließen können, wie Kaiser Karl seine Vorschläge machte. Man hätte hunderte Tausende Menschenleben retten und große Gebiete vor der Zerstörung bewahren können.

**Frankreich verlangt die Stellung von 500 000 deutschen Arbeitern.**

Aus dem bisherigen Verlauf der Besprechungen geht hervor, daß die Entente-Anwälte auf der strengsten Durchführung des Friedensvertrages bestehen. Besonders Gewicht legen die Franzosen auf die baldige Stellung von Arbeitern. Es wird an etwa 500 000 Mann gedacht, die in Baracken untergebracht werden sollen. Auf einen Hinweis des deutschen Unterhändlers, daß es für die deutsche Regierung schwierig sei würde, Arbeitskräfte für den Wiederaufbau Frankreichs zu erhalten, erklärte der französische Vertreter, daß diese Schwierigkeiten seiner französischen Regierung bekannt seien, es müsse aber der deutschen Regierung empfohlen werden, mit allen Mitteln das Wort zur Arbeit anzubahnen, da sonst eine Durchführung des Friedensvertrages unmöglich sei. Frankreich könne auf die Bestellung von Arbeitern nicht verzichten und müsse nötigenfalls verlangen, daß Zugang angewendet werde, um die nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen. Von deutscher Seite ist angeregt worden, bald in Verhandlungen über die Mittel des Friedensvertrages einzutreten, die die Abweigung deutscher Rohle betreffen.

**Abweigung gegen die Auslieferung des Kaisers in England.**

Basel, 15. Juli. Die Press-Information meldet aus London: In der Angelegenheit des Kaisers hat König Georg ein Schreiben an Lord George Curzon, der in der Angelegenheit des Kaisers, der auch mit der deutschen Kaiserfamilie verhandelt ist, an anderer Stelle verwendet, um die Alliierten zu veranlassen, auf die Auslieferung des Kaisers zu verzichten. Innerhalb der kirchlichen Kreise nimmt die Abweigung gegen ein gerichtliches Verfahren gegen den Kaiser sehr stark zu. Augenblicklich wäre es jedoch der Regierung unmöglich, eine offizielle Erklärung abzugeben. Sicher ist, daß die weitere Verhandlung der Frage einstweilen ausgelegt ist.

**Die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland.**

Kopenhagen, 15. Juli. Wie Nationalblende aus London meldet, wollen die Amerikaner mehrere Schiffe in die dazu eröffnete Schifffahrt zwischen den amerikanischen Häfen, Hamburg und Bremen einschleusen. Einige dieser Schiffe sind bereits mit Baumwolle und anderen Waren beladen. Man könne vorläufig jedoch nicht erwarten, daß es um einen Verkehr in größerem Umfang handelt, teils wegen des Lommangemangels, teils wegen der Bezugsschwierigkeiten, da Deutschland keine Guthaben in Amerika habe. Amerikas Export nach Deutschland werde hauptsächlich aus Rohmaterialien, Kupfer, Baumwolle und Lebensmitteln bestehen. Eine Reihe Kommissionshäuser, Expeditionen und anderer Häuser, die große amerikanische Handelsbureau vertritt, haben in den letzten Tagen von ihren Firmen telegraphische Nachrichten erhalten, daß sehr große Warentransporte als Transitgut abgegangen sind. Größenteils sind es Waren, die nach Deutschland weiter verladen werden sollen. Wie es heißt, sind bereits kolossale Mengen verschifft worden, die schon längere Zeit in den amerikanischen Häfen bereitgehalten und nur auf den Augenblick der Aufhebung der Blockade warteten.

**Oesterreich-Ungarn.**  
**Die böhmisch-deutsche Sozialdemokratie gegen den Gewaltsfrieden.**

WTB. Lepsch, 16. Juli. (Draht.) Die Landespartei der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen ließ einen Aufruf an die Arbeiterchaft Deutsch-Böhmens, in dem diese aufgefordert wird, sich Montag, den 21. Juli, zur Kundgebung internationaler Solidarität zu Massenversammlungen einzufinden, um gegen den Pariser Gewaltsfrieden und den Imperialismus zu protestieren.

**Stalien.**  
**Vertretensvotum der Kammer für das Ministerium Nitti.**

WTB. Berlin, 16. Juli. (Draht.) Die italienische Kammer sprach laut „E.-N.“ dem Ministerium Nitti ihr Vertrauen mit 257 gegen 111 Stimmen aus.

**Verschiedene Nachrichten.**

**Die Jugo-Slawen trohen der Entente.**

WTB. Spittel am Don, 16. Juli. (Draht.) Wiener Korrespondenzbureau. Trotz strikten Auftrages der Entente haben die Jugo-Slawen gestern weder Klagenfurt geräumt noch sind sie auf die neu bestimmte Demarkationslinie zurückgegangen. Nur im Lavanti-Tale wurden die Truppen aus einigen Orten zurückgezogen. Die Bevölkerung ist hierüber außerst erbittert und erwartet, daß die Entente endlich ihren eigenen Anordnungen den Jugo-Slawen gegenüber Achtung verschaffen wird.

**Deutsches Reich.**  
**Der neue Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt.**

WTB. Berlin, 16. Juli. (Draht.) Zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt wurde nach der Zentrum-Parlamentarischer Abstimmung an Stelle von Mühlendorfs der frühere Vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Weisfeld, der in den letzten Monaten eine führende Stelle in der Firma Krupp bekleidete, in Aussicht genommen.

**Das Schulkompromiß.**

Das zwischen Zentrum und Sozialdemokratie am Montag abend abgeschlossene Kompromiß betrifft im wesentlichen die drei besonders strittigen Punkte der Schule: konfessionelle Schule, Religionsunterricht und Privat Schulen. Wie bei allen Kulturfragen der Verfassung, ist eine bestmögliche Lösung nur möglich geworden auf dem Boden der vollen Freiheit, durch Gemäßung des gleichen Rechts für alle stärkeren Strömungen im deutschen Geistesleben. Dadurch ist Klarheit und Bestimmtheit in gewisse, bisher unklare und auch für die Religionen ungenügende Sätze hineingekommen. Bezüglich der konfessionellen Schule ist der wichtige Grundsat des alten Reiches in die Verfassung aufgenommen worden, und zwar in seiner Anwendung auf die einzelnen Gemeinden. Hier werden die Erziehungsberechtigten nach dem Verhältnis der Stärke entscheiden können, ob und wieviele konfessionelle, paritätische oder konfessionsfreie (weltliche) Schulen bestehen sollen, soweit solches mit dem geordneten Schulbetriebe vereinbar ist. In Gemeinden, wo die Erziehungsberechtigten keine Veränderung des Schulwesens wünschen, bleibt die bisherige Ordnung bestehen. Überdies wird der letzte Bestand auch dadurch gegen unzulässigste Änderungen geschützt, daß erst ein Reichsgesetz abzumachen ist, dessen Bestätigung an den jetzigen Grundsat gebunden bleibt. Der konfessionelle Religionsunterricht ist als ordentliches Lehrfach der Schulen der Volks- und höheren Schulen festgehalten worden. Wie aber Eltern denken das Recht haben sollen, ihre Kinder vom konfessionellen Religionsunterricht fernzuhalten, ja, bei größerer Kinderzahl eine weltliche Schule zu gründen, so erhalten durch die neue Verfassung auch die christlichen Eltern das Recht, ihre Kinder aus dem öffentlichen Schulunterricht in Moral und Religionsgeschichte zurückzuführen. Eine erhebliche Besserung ist für Privat Schulen erreicht. Die Privatschulen kleiner konfessioneller Minderheiten, die Volksschule der Diaspora, ist bestimmt geschützt, wenn die Gemeinde sich weigert, eine öffentliche Schule für sie zu errichten. Auch die höheren Privatschulen werden besser gestellt gegenüber behördlicher Willkür; ihre Genehmigung ist nunmehr abhängig von bestimmten wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen. Die beiden sozialen Gedanken, die dem Artikel neu hinzugefügt worden sind, werden nirgendwo erhebliche Bedenken erheben. Das schmerzlichste Bedenken aber, es nicht hin von den Sozialdemokraten verlangen der Schulen, der Jugend weiser Volkstüchtigkeit verhängnisvoll wird, kann und muß dadurch behoben werden, daß das Gewissen der christlichen Eltern verhärtet, das Gefühl der religiösen Verantwortung überall neu belebt und die verschiedenen Organisationen, die wir auf dem Schul- und Bildungsgebiete haben, zielbewußt ausgebaut werden.

**Der Reichspräsident in Hamburg.**

WTB. Berlin, 16. Juli. (Draht.) Wie der „Voss. Zig.“ aus Hamburg berichtet wird, traf gestern dort der Reichspräsident und der Reichswehrminister zu amtlichen Besprechungen ein. Am Nachmittag waren sie Gäste des Senats.

**Austritt der U. S. aus dem Untersuchungs-ausschuß.**

WTB. Berlin, 16. Juli. (Draht.) Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten in der Preussischen Landesversammlung hat beschlossen,

ihre Vertreter aus dem Untersuchungsausschuß wegen der Unruhen im Januar zurückzuberufen und sich an den Sitzungen des Ausschusses nicht weiter zu beteiligen.

**Die Verstaatlichung der Energiewirtschaft.**

„Weimar, 15. Juli. Das Kabinett hat heute das Energiegesetz angenommen, das eine Verstaatlichung familiärer Starkstromwerke von über 5000 Volt und aller Kraftwerke, die über 500 Kilowattstunden produzieren, gegen angemessene Entschädigung vorsieht. Die Uebernahme soll durch das Gesetz erfolgen.

**Die Entschärfung der Siedelungsgezet.**

„Weimar, 15. Juli. Der Entwurf zu dem Siedelungsgezet ist an die Kommission zurückgemittelt worden zu dem Zwecke, eine allgemeine Bestimmung hinsichtlich der Siedelung in ihrem Entwurf zum Siedelungsgezet bis zu 20 Morgen herunter entziffern zu lassen. Die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-Nationalen haben durch ihre Vertreter im Ausschusse einen Antrag einbringen lassen, der die Entzifferung nur bei einem Bestände von über 100 Hektar vorsieht. Dieser Antrag wurde mit 14:12 Stimmen angenommen.

**Keine Erhöhung der Brot ration am 1. Oktbr.?**

WTB. Berlin, 15. Juli. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die durch die Presse gegangene Meldung, daß vom 1. Oktober an eine Erhöhung der Brot ration eintreten werde, ist in dieser Form nicht zutreffend. In den Verhandlungen des 28-gliedrigen Ausschusses in Weimar konnten bestimmte Zulagen in dieser Hinsicht noch nicht gegeben werden. Die Möglichkeit, frühestens vom Oktober ab mehr Brot zur Verteilung zu bringen, hängt sowohl vom Ausfall, Erzeugung und Ausdrückmöglichkeit der Ernte, als vor allem auch von der Gestaltung der Getreidezufuhr ab, Faktoren, die durch zahlreiche Umstände, wie vor allem die Gestaltung unserer Valuta, die Rohstoffförderung usw. angesetzt und beeinflusst werden. Nicht zuletzt wären die Wirkungen von Landarbeiterfragen geeignet, die Hoffnung auf Erhöhung der Brot ration zu vermindern.

**Einschränkung der Finanzhoheit der Gliedstaaten.**

WTB. Weimar, 14. Juli. Eine große politische Aussprache, in der Ministerpräsident Bauer, sowie Reichsminister des Innern Müller ihre programmatischen Erklärungen abgegeben werden, findet voraussichtlich am 17. Juli in Weimar statt.

Aus der getragenen Verpredung des Reichsfinanzministers wird ein einzelstaatliches Finanzministerium erfahren wir noch, daß nach Vorhändlungen des Reichsfinanzministers die direkten Steuern bis auf das äußerste Maß durch das Reich ausgeglichen werden müssen. Dieser Entschließung verabschieden sich die Finanzminister der Einzelstaaten trotz anfänglicher Bedenken nicht. Zulage zu der Reichseinkommensteuer durch die Staaten und Gemeinden sollen nicht erhoben werden. Es soll also nur eine einzige Einkommensteuer zur Erhebung gelangen, moan das Reich einen entsprechenden Teil an die Staaten und Gemeinden abgibt. Das Interesse des Reiches an den steuerlichen Einkommen wird bis 75 Prozent bemessen sein. Es ist also so groß, daß das Reich unbedingt in den Stand auf die Erhebung haben wird. Die Finanzämter müssen daher unbedingt auf das Reich übergeben. Die bisherigen Steuersysteme der Gliedstaaten werden eingeschränkt. Es wurde aber zum Schluß der den natürlich durch so einschneidende Maßnahmen Besprechung kein Widerspruch seitens der Gliedstaaten dagegen laut. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Ausbildung der Steuerbeamten zu legen sein. Vorbereitende Schritte dazu sind bereits getan. Die Reichseinkommensteuerverordnung wird den Parlamenten erst im Oktober vorgelegt, jedoch ist beabsichtigt, die Reichsabgabenerordnung möglichst bald der Nationalversammlung zu überreichen.

**Belagerungszustand über Pommern.**

WTB. Berlin, 15. Juli. Die „Voss. Zig.“ meldet aus Stettin: Die Verhandlung des Belagerungszustand es über fast ganz Pommern hat unter den Sozialdemokraten ziemliche Erregung verursacht. In Anklam ist es gestern nachmittags zum Generalstreik gekommen. Zwei Tausend Arbeiter des Landwirtschaflichen Einkaufvereins in den Ausstand. Es begaben sich in geselligem Zuge nach den städtischen Betrieben und zwingen Arbeiter zur sofortigen Arbeitsniederlegung. Durch den Streik sind fast alle Betriebe stillgelegt, und der „Anklamer Anzeiger“ konnte nicht erscheinen. Das Wasserwerk arbeitet vorläufig noch. Die Gewerkschaften sind gegen den Streik. In Köslin sind die Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Der Betrieb der Straßenbahn ruht dort ebenfalls.

**WTB. Berlin, 16. Juli. (Draht.)**

Wie aus Großsiedel berichtet wird, brach auf etwa 20 bis 30 Gütern des Kreises Franzburg der Streik aus. Mehrfach kam es vor, daß von den Streikenden Treter ausgebaut wurde. Arbeiter wurden bedroht, ein Entschädiger vom Pferde geworfen und mißhandelt. Es läßt sich nicht leugnen, daß bei einem weiteren Umschlag des Streiks unter den Landarbeitern unsere Ernte ernstlich gefährdet ist. Wie jetzt sind an den höchsten ständischen Stellen aus Pommern und Ostpreußen Meldungen über den Ausbruch von Streiks der Landarbeiter eingetroffen. Doch liegen Nachrichten aus Mitteldeutschland und aus Sachsen vor, daß auch in diesen Gegenden eine ähnliche Bewegung im Gange ist. Die Behörden sind augenblicklich noch damit beschäftigt, das Material über die Streikbewegung der Landwirtschaft zu sammeln. Es ist noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt worden, worin der Grund dieser

ganzen Bewegung zu suchen ist. Allen Anschein nach handelt es sich jedoch auch hierbei nicht allein um einen wirtschaftlichen Streik, sondern um eine Bewegung mit politischem Charakter. In den Zwischen den zuständigen Stellen finden Besprechungen über Maßnahmen statt, die zu freieren Fäden, falls der Streik sich weiter ausbreiten sollte. Dabei wurden besonders die militärischen Maßnahmen weiter ins Auge gefaßt, die Verhängung des Belagerungszustandes, wie sie jetzt in Pommern erfolgt ist, wird auch für andere Gegenden erwogen. Ferner sprechen alle beteiligten Faktoren sich dafür aus, daß den Arbeitswilligen der notwendigen militärischen Schutz zuteil werden solle. Gegebenenfalls werden die Landarbeiten von Soldaten verrichtet werden.

Bielefeld, 15. Juli. Von den Landarbeitern im Landkreis Bielefeld, die außer wirtschaftlichen Belangen höhere Löhne fordern, streiken etwa 4000 Mann. Die Verhandlungen sind gescheitert.

**Der Arbeitsplan der Nationalversammlung.**

WTB. Weimar, 15. Juli. Die Vorlage über die Arbeitspläne wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen zugehen. Weimar, 15. Juli. Auf Antrag der demokratischen Fraktion hat sich die Reichsregierung mit Zustimmung der übrigen Parteien der Nationalversammlung bereit erklärt, die für Donnerstag angelegte politische Aussprache auf Dienstag kommende Woche zu verschieben. Ministerpräsident Bauer wird nicht, wie beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit ein neues Programm dem Hause unterbreiten, da dies ja bereits bei seiner Amtübernahme am 22. Juni in großen Umrissen geschehen ist. Das Haus wird lediglich mit den Zielen der deutschen Politik bekannt gemacht werden. Den Ausführungen des Ministers des Innern Hermann Müller, der nach Bauer das Wort ergreifen wird, sieht man mit großer Spannung entgegen. Die deutsche Regierung beabsichtigt, die politische Führungsnahme vom Ausland schon in den nächsten Tagen wieder aufzunehmen. Minister Müller wird deswegen wahrscheinlich auch die Namen der neuen Beamten über deren Auswahl gegenwärtig verschiedene Verhandlungen stattfinden, bekannt geben. Reichsfinanzminister Bauer hat gleichfalls eine größere Rede in Aussicht gestellt, der die Mitglieder der Nationalversammlung mit den von der Regierung geplanten Reformen auf volkswirtschaftlichem Gebiete vertraut machen wird. So ist beabsichtigt, das Elektrizitätswesen im Reiche neuzeitig zu regeln und ganz umzugestalten.

**Wirtschaftspolitik und Betriebsräte.**

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Die Absicht des Reichswirtschaftsamts, durch ein großzügiges planmäßiges Wirtschaftssystem die deutsche Volkswirtschaft in Gang zu bringen, hat bemerkenswert starken Widerspruch gefunden. Man hat diese Besprechungen auf die Formel gestellt: Zwangsarbeit, oder freie Wirtschaft? Diese Fragestellung ist falsch, es mag an der Denkfähigkeit des Ministers Wiffel manches auszuliegen sein, aber der Grundten der Absichten Wiffels besteht darin, nicht eine Zwangswirtschaft aufzurichten, sondern eine geordnete Wirtschaft auszubauen. Es sei daran erinnert, daß die Pläne des Reichswirtschaftsamts in ihrem Ursprung auf Beschluß des Reichstages zurückgehen. Als das Hilfsbedürfnisgefühl gestiegen und auf Grund dessen eine umfangreiche Stilllegungen von Betrieben erfolgten und die zwangsmäßige Bewirtschaftung eine dauerhafte Notwendigkeit wurde, hatte man besonders in den Kreisen der Zentrumspartei die Befürchtung, es könnte bei der Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft der Mittelstand und das Kleinergewerbe zu kurz kommen. Der Abg. Glesert prägte damals im Zweiduzwanziger Ausschuss das Wort: Der Krieg darf nicht ausfallen in einem Rhythmus des Großkapitals auf die Löhne der Kleinen und mittleren Existenzen. Schon damals wurde betont, daß zur Erhaltung des mittleren und kleinen Gewerbes eine gesunde Volkswirtschaft erstes Erfordernis sei. Am Berfolg dieses Gedankens hat der damalige Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts v. Stein eine sachliche Darstellung des Gewerbes in die Wege geleitet. Es sieht also ein gesunder Grundgedanke in den Gedanken des Reichswirtschaftsamts; sie müssen nur gereinigt werden von den sogenannten Mühlendonschen Ideen. Das wird zweifellos auch gelingen. Politisch liegt die Frage lo, daß die Nationalversammlung kaum noch Zeit haben wird, vor Beginn der Winteression sich mit der Wirtschaftsprage zu befassen. Es erschießt deshalb ein anderer Vorschlag zweckmäßig, der hier in aller Form gemacht werden soll. Die Verfassung sieht ja die Einrichtung von Betriebsräten und als oberste Spitze derselben einen Reichswirtschaftsrat vor. Wie diese letztere Institution aussehen wird, wissen wir nicht, aber es wäre zweckdienlich, wenn das Reichswirtschaftsamt mit der Verlegung seiner Pläne warten würde, bis dieser Reichswirtschaftsrat in Funktion getreten ist. Dieser wäre dann ein geeignetes Organ, in dessen wirtschaftlich und sozial so bedeutungsvollen Fragen mitzuarbeiten. Das wäre eine Entlastung der Nationalversammlung und gleichzeitig eine gute fachliche Vorbereitung unseres Wirtschaftsprogramms. In diesem Zusammenhang ist deshalb schon jetzt auf die in Zukunft erfolgenden Wahlen zu den Betriebsräten und zum Reichswirtschaftsrat hingewiesen; auch die Zentrumspartei und die in ihr zusammengeschlossenen Berufe und Wirtschaftsprüfungsgremien sollten sich schon jetzt auf diese Wahlen vorbereiten.

**Aus dem oldenburg. Münsterlande**

Wakum, 16. Juli. In das Zentrumspartei es sind angegliedert: Gemeindevorsteher Ebeling-Verstrup unter Nr. 18, Eigner Super-Verstrup



unter Nr. 20, Tierarz Lebbe-Büchel unter Nr. 21 und Wirt Heiner, Bedemann-Bakum unter Nr. 23. In Vorbereitung sind die Anträge für Kaufmann Volenbaum und Viehhändler Brodage. — Die Chausseierung des Weges von Bakum nach Büchel soll nach Einbringung der Einze ausgeführt werden. Die Beschäftigung der ersten Zeilstraße ist bereits vorgenommen. \* Cappeln, 18. Juli. Diegelbaumfelder Neub. Haupt lieferer für unsere Kirche eine neue Orgel.

\* Kloppenburg, 15. Juli. Unser Liederkreis macht am nächsten Sonntag einen Ausflug nach Cappeln, wo er im Garten des Herrn Bartelmann vokalmusikalische Vorträge geben wird. \* Kloppenburg, 15. Juli. Pferde-Räude wurde festgestellt in Öningen, Elbergen, Venstrup, Söthänen und Angstenfeld.

\* Öningen, 15. Juli. Die auf Mittwoch, den 20. und 27. August und 3. und 10. September 1919, anstehenden Sprüche des Amtsgerichts werden auf Donnerstag, den 21., 28. August und 4. und 11. September verlegt. Die Hinterlegungsstelle ist vom 13. August bis 17. September d. Jz. geschlossen. Während der Gerichtsferien ist die Gerichtspräsidentin nur des Vormittags geöffnet.

\* Friesowitz, 15. Juli. Der nächste Spruchtag am Freitag, den 18. d. Mts., fällt aus. Während der Gerichtsferien ist die Hinterlegungsstelle geschlossen. Die Gerichtspräsidentin ist während der Gerichtsferien nur vormittags geöffnet.

**Aus der Residenz und dem Norden.**

Odenburg, 17. Juli. d. An dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei vom 19. bis 22. Juli in Berlin wird der Odenburger Verein durch etwa 10 Vertreter und Vertreterinnen, sowie der Landesverband durch weitere Vertreter teilnehmen. Am 18. Juli werden die Frauen der Deutschdemokratischen Partei zu einer besonderen Tagung zusammenkommen, die sich insbesondere mit der Organisation der Frauenarbeit befassen wird. b. Eine nachkommene Einrichtung hat der hiesige Verein für Naturbeobachtungen getroffen. Während der Ferienzeit finden allmählich Ausflüge für die Kinder in die umliegenden Ortschaften statt. Unter sorgfamer Leitung werden die Kinder hinaus ins Freie geführt, lernen hier Land und Leute kennen und finden in manieren Spielen Erholung und Anregung. An diesen Ausflügen können alle Kinder, ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögen der Eltern, Knaben und Mädchen in schulpflichtigen Alter, teilnehmen. Diese Ausflüge sind der weite Fernbrandnen für die Kinder.

d. Der hiesige Schützenverein stellte den Vorschlag für 1919/20 fest und beschloß den Ankauf eines Kanals auf der Schützenwiese. Mit dem Brauereibesitzer Wädder wurde der Pachtvertrag über Benutzung des Schützenhofes erneuert. Das Lazarett im Schützenhof ist seit einigen Wochen aufgehoben worden. Das Gelände und der Garten haben sehr gelitten und müssen wieder insand gesetzt werden, wozu längere Zeit erforderlich ist. Von der Abhaltung eines Schützenfestes wurde in diesem Jahre abgesehen, weil die Schützenwiese noch nicht frei ist. Dagegen haben die regelmäßigen Schießübungen — einmal in der Woche — begonnen und finden zahlreiche Beteiligung.

e. St. Georgs-Heim wird nach einem Vorlage von Prof. Bernhard Winter voranschichtlich das von der Vangenkassendirektion für Güntertor e. G. m. b. H. erworbene frühere Arbeiterbildungs-Vereinshaus genannt werden, das zu einem möglichst einwandfreien Versammlungsort für alle Vereinigungen sozialer und überhaupt kultureller Art eingerichtet werden wird. Den Anforderungen eines solchen gemeinnützigen Unternehmens entsprechend wird das Haus politisch und konfessionell neutral und vom Verkehr unabhängig sein, wogegen dem Bedürfnis nach Bereithaltung wirklich guter und preiswerter alkoholfreier Getränke aller Art sowie reiner und nahrhafter Speisen zu angemessenen Preisen Rechnung getragen werden soll. f. Schlafdecken, 15 Mk. das Stück, sollen am Donnerstag, dem 17. d. Mts., von 9—12 und 5—8 Uhr in der Markthalle abgegeben werden.

Delmenhorst, 17. Juli. \* Der Bauverein wird in Kürze den Bau von 20 Wohnhäusern mit 20 Wohnungen beginnen, die noch bis zum 1. November demiekert werden können. Auch dem Bau von Beamtenwohnungen wird man näher treten.

\* Arbeitervereinigungen haben in letzter Zeit mehrfach in größerer Zahl bei einzelnen Industrieunternehmen kassiert. Auch die Zuteilplanner kündigte ihrer Arbeiterchaft an, daß sie in 14 Tagen ihren Betrieb schließen möchte, wenn nicht bis dahin der Rohstoffmangel behoben ist und neue Aufträge einlaufen. \* Die Tierarzt für Stadt und Amt Delmenhorst wird nach fünfjähriger Pause zum ersten Male wieder am 1. September auf dem Schützenhof abgehalten werden. \* Die Siederheidewehr, deren Gründung in gewissen Kreisen untrügliches Blut machte und auch im Stadtrat zu unliebhaften Auseinandersetzungen führte, hat nunmehr ihren Dienst aufgenommen.

**Die Frage der Nachzahlung der Löhne an die Kriegsgefangenen.**

Auf Veranlassung der Reichszentralstelle fand vor kurzem in Berlin eine Besprechung statt, die die Frage der Nachzahlung der Löhne an die heimkehrenden Kriegsgefangenen zum Gegenstand hatte. Außer den Vertretern der Behörden nahmen solche des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und des Reichsbundes der Arbeiter und des Volksbundes mit allen Energie, daß den Kriegsgefangenen ein sozialer Anspruch zuzukommen auf völlige Gleichberechtigung mit den übrigen Heeresangehörigen, er erkannt aber gern an, daß es in der jetzigen Notzeit unseres Vaterlandes, das nicht nur für die Kriegsgefangenen, sondern auch für die Hinterbliebenen, die Kriegsbeschädigten und die Auslandsdeutschen sorgen muß, nach dem Gebot der wertvollsten Nächstenliebe das Wichtigste ist, schnell überall da zu helfen, wo Bedürftigkeit vorliegt. Wie in den Zeitungen schon berichtet ist, wurde von der Regierung eine Summe von 150 000 000 M zur Verfügung gestellt. Von dieser Summe erhält jeder Mann bei Bedürftigkeit eine wirtschaftliche Beihilfe, die 100 M bis 300 M beträgt. Im Falle besonderer Bedürftigkeit, kann die Beihilfe bis auf 600 M erhöht werden, wenn die Hälfte des Betrages über 300 M aus den zur Verfügung des Reichs kommunal- oder Staatsmitteln gedeckt wird. Ueber die Bedürftigkeit entscheiden besondere Ausschüsse, die Kriegsgefangenenheimleiterstellen angegliedert und in denen ehemalige Kriegsgefangene ausführend und beratend wirken. Unabhängig von der Gewährung dieser wirtschaftlichen Beihilfe ist das Recht, bei Bedürftigkeit, Nachzahlung der Löhne auf Grund der schon bestehenden Bedingungen zu verlangen, auf alle Kriegsgefangenen ausgedehnt und gleichzeitig sind die Voraussetzungen für diesen Anspruch wesentlich herabgesetzt.

Für die Lebensmittelversorgung der Heimkehrer hat das Reichsernährungsministerium angeordnet, daß ihnen in der ersten Zeit die doppelte Ration zuzukommen. Der Volksbund hat sich, ohne den moralischen Anspruch der Kriegsgefangenen auf Gleichberechtigung mit den übrigen Kriegsteilnehmern anzugehen, vorerst mit diesen Maßnahmen einverstanden erklärt, die, richtig durchgeführt, tatsächlich allen Kriegsgefangenen das geben, worauf sie nach sozialen und individuellen Gesichtspunkten Anspruch haben. Eine genaue Zusammenstellung der Rechte der Kriegsgefangenen wird den Kriegsgefangenenheimleiterstellen in Kürze zugehen. Ihre Aufgabe wird so sein, darnach jedem einzelnen Kriegsgefangenen zu seinem Recht zu verhelfen. Erwähnenswert bleibt noch, daß der achtwöchige Urlaub mit voller Gehaltszahlung der allen Kriegsgefangenen beim Verlassen des Durchgangslagers zugewilligt werden soll, für das Recht nach einer Zeitungsarbeit eine Ausgabe von 240 Millionen Mark bedeutet, d. h. für jeden Mann 300 M. Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Landesgruppe Odenburg.

**Die Waisenrenten in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.**

Von Konstantin Jäger, J. Quadtman, Odenburg. Die Hinterbliebenenversicherung ist neueren Datums und erst durch die Reichsversicherungsordnung mit Wirkung vom 1. Januar 1912 eingeführt worden. Von den verschiedenen Arten dieser Versicherung steht die Waisenversicherung an erster Stelle. Durch den Weltkrieg mit seinen vielen Totverlusten an Versicherten sind die Waisenrenten schon alsbald nach ihrer Einführung zu großer Bedeutung gekommen. Anspruch auf Waisenrente haben bis zum vollendeten 15. Lebensjahre die ehelichen Kinder eines männlichen und die väterlichen Kinder einer weiblichen Versicherten, sowie für die Dauer der Bedürftigkeit Entel, die der Versicherte ganz oder vorwiegend unterhielt. Zu den väterlichen Kindern gehören auch die unehelichen. Die Waisenrenten gehen für jede Waise besonders festgesetzt; sie setzen sich zusammen aus dem Reichszuschuß von 25 Mark jährlich und drei Zwanzigsteln der Invalidenrente ohne Reichszuschuß, die der Versicherte zur Zeit seines Todes bezog oder bezogen hätte, wenn er invalide-gewesen wäre. Die vor dem 1. Januar 1912 verwendeten Beitragsnormen kommen dabei für die Steigerungssätze der Invalidenrente über Haupt nicht, für den Grundbetrag nur insoweit in Anwendung, als sie zur Ergänzung der nach dem 1. Januar 1912 geleisteten Beiträge auf 500 dienen. Die frühere Bestimmung, daß Waisenrenten allein nicht mehr als den einfachen und mit der Witwenrente zusammen nicht mehr als den anderthalbfachen Betrag der Invalidenrente ausmachen dürfen, ist während des Krieges aufgehoben. Die Rente kommt jetzt voll zur Auszahlung. Der Waisenrentenantrag ist unter Vorlegung der Beweismittel — der letzten Quittungsurkunde, der Aufrechnungsbescheinigungen, etwaiger Seefahrtsbücher und Bescheinigungen von Sonderanstellungen, der handelsamtlichen Heirats- und Sterbeurkunde und der Geburtsbescheinigungen der Kinder — beim Versicherungsamt des letzten Beschäftigungs- oder Wohnorts zu stellen. Wenn ein Vormund oder Pfleger bestellt ist, muß auch die Bescheinigung erteilt werden. Ist die leibliche Mutter der Kinder 21 Jahre alt, ist sie ohne Weiteres die gesetzliche Vertreterin derselben, trifft das aber nicht zu, so muß ein Vormund bestellt werden. Die Mutter verliert die elterliche Gewalt über die Kinder, wenn sie sich wieder verheiratet. Mit dem Tode der Wollenden des 15. Lebensjahres oder dem Tode der Waisen kommen die Renten in Wegfall.

**Stedinger Renntag.**

6. Bern, 13. Juli 1919. Trotz des wenig einladenden Wetters hatten sich Sportfreunde in stattlicher Anzahl eingefunden.

Abgesehen von einem geringfügigen Sturze des jugendlichen, künftigen Reiters Breithaupt beim Händereiten verließen sämtliche zehn Reiter ohne Unfall. Als ein vorzüglicher Reiter, weit überlegen, zeigte sich die jährliche Stute „Lotte“ des Hh. Thümler-Landwirts, „Lotte“ gewann mehrere Rennen. Im Trabfahren erlang „Blarbe“ des H. Hemmelstump-Drummlerhoop mehrere erste Preise. Die Hühner-Stute „Allerliebste“ des Hh. Büßing-Jade, favorite in früheren Rennen, wurde heute im Trabfahren von der 10jährigen „Frida“ des G. Bunde-Saderberg geschlagen. Das Rennen hatte folgendes Resultat:

- 1. Konturrennterfahren für Zwölfjähriger. Sieger: 1. „Allerliebste“ und „Blumenmadel“ der Dieder. 2. „Krause-Gimeloh“ und „Hh. Hs-Hopfenkamp“, 2. „Mar“ und „Marzell“ 2. der H. Siems-Heteln und G. H. Kückens-Heidwagner.
- 2. Trabfahren für zwei- und dreijährige Odenburger Pferde: Sieger: 1. „Erlentume“ 2. des H. Wichmann-Neuenunterhof; 2. „Jentor“ des G. Glogelstein-Dalser.
- 3. Konfurrennterfahren für Mitglieder des Reitklubs „Sturmoozel“. Sieger: 1. „Lotte“ des Hans Suerben-Schütte, 2. „Verbiroze“ 2. des Aug. Rud-Warsteth. 11. „Allerliebste“ des Heinrich Heine-Saderberg.
- 4. Trabreiten für Pferde aller Länder. 1. „Allerliebste“ des H. Büßing-Jade; 2. „Bor“ des Haverkamp-Hude.
- 5. Trabfahren für Odenburger Pferde jeden Alters. 1. „Blarbe“ des J. Hemmelstump-Drummlerhoop, 2. „Dorette“ des Janßen-Odenburg.
- 6. Trabfahren für Pferde aller Länder. 1. „Lotte“ des Hh. Thümler-Landwirts; 2. „Allantia“ des G. Dählmann-Saderberg. Hans Breithaupt stürzte, legte das Rennen aber kurz einhülsen fort.
- 7. Trabfahren für 2- und 3-jährige Odenburger Pferde. 1. „Liesbeth“ des Herrn Siems-Glasing, 2. „Lippa“ 2. des Joh. Kückens-Mögen.
- 8. Trabreiten für Odenburger Pferde jeden Alters. 1. „Blarbe“ des J. Hemmelstump-Drummlerhoop, 2. „Philipp“ des G. W. Wöpten-Kl-Bornhorst.
- 9. Trabfahren. 1. „Frida“ des G. Bunde-Saderberg, 2. „Allerliebste“ des H. Büßing-Jade. 10. Hühnerrennen. 1. „Lotte“ des Hh. Thümler-Landwirts, 2. „Allantia“ des G. Dählmann-Saderberg, 3. „Allerliebste“ des G. Heine-Saderberg.

**Wah und Fern.**

Veserbrück, 14. Juli. Die Strompreise der Niedersächsischen Kraftwerke sind für den Kreis vorläufig wie folgt festgesetzt: Bis zum 30. September 1919 werden, rückwirkend ab 1. April 1919, pro kWh für Licht nach Zähler 80 Pfg., für Kraft 40 Pfg. je Kilowattstunde bezahlt, während Pauschallicht im Verhältnis 40:80 gegen Friedenspreis erhöht wird und die Zählermieten um 50 Prozent gegen Friedenspreis steigen.

St. Marien, 14. Juli. Das Kriegsgericht verurteilte heute den hiesigen Mörder, den 19jährigen Hermann J. Ritter aus Brambauer bei Dorfumid zum Tode. Der verkommene, von eigenen Vater aus dem Hause geflohenen Bürsche wurde für eine Nacht von einer geizhalsigen Familie aufgenommen. Zum Danke dafür ermordete er während der Nacht den 19jährigen Haussohn und am Morgen die Hausfrau. Als der Hausvater von der Schick nach Hause kam, wurde er von R. erschossen. Dann kam das Dienstmädchen an die Reihe, das mit einem Beil erschlagen wurde und schließlich wurden die beiden Kinder, 9 und 4 Jahre alt, von R. erwürgt. Nach Verübung dieser unseligen Taten hatte die Besche noch den Mut, das Haus nach Geld und anderen brauchbaren Sachen zu durchsuchen. Der Mörder wurde wegen Raubmordes in einem Falle und wegen einfachen Mordes in fünf Fällen jedesmal zum Tode verurteilt.

**Vermischtes.**

Der berühmte Chemiker E. Fischer gestorben. WTB, Berlin, 16. Juli. (Draht.) In der Nacht vom Montag zum Dienstag verstarb der berühmte Chemiker Emil Fischer im 76. Lebensjahre in Wanne bei Berlin. Geboren im Rheinland, hatte er zunächst eine außerordentliche Professur in München inne, wurde dann nach Erlangen berufen, später nach Würzburg.

**Wetter-Aussichten.**

für mehrere Tage im Voraus. Unberechtigter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. 20. Juli: Wolkig, Regenschauer, kühl, windig. 21. Juli: Wenig verändert. 22. Juli: Wolkig, teils Sonne, strichweis Regen. Temperatur wenig verändert. 23. Juli: Kaum verändert. 24. Juli: Teilweise heiter, strichweis Regen. 25. Juli: Wolkig, vielfach Sonne, angenehm. 26. Juli: Veränderlich, kühl.

**Kirchliches.**

Prälat Dr. Franz Heiner †. Wulbern, 15. Juli. Am Sonntag abend ist, wie uns mitgeteilt wird, im 70. Lebensjahre Prälat Dr. Franz Heiner, Protonotar und Auditor der römischen Rota, in Wulbern, wo er bei seinem Weifen, dem dortigen Pfarrer, zur Erholung weilte, infolge Augenentzündung gestorben. Mit dem Prälaten Heiner ist ein tief frommer Priester, ein herorragender katholischer Gelehrter, einer der besten Redner der katholischen Kirche, ein außerordentlich fruchtbarer Schriftsteller aus dem Leben geschieden. Möge Gott dem Verdienten seinen unermeßlichen Eifer und seine selbstenstrenge Treue zur katholischen Kirche im Jenseits reichlich lohnen! R. L. P.

**Stimmen aus unserem Lesertreue.**

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

ES Lohne, 14. Juli. Tanz der Kinder von 4—6 Uhr, so lautet eine Programmnummer des Lohner Schützenfestes für Montag, den 14. Juli. Da, so etwas haben wir doch, glaube ich, in katholischen südlichen Odenburg bisher noch nicht gehabt. Daß dieses vom erzieherischen und religiösen Standpunkte überaus durchaus zu verurteilen ist, darüber wird kein Zweifel sein. Über geradezu herzlos und noch nicht es, solche Neuerungen ansagedruckt im Unglücksjahr 1919 einzuführen. Noch schmachtet so viele Väter und Brüder in bitterer Gefangenschaft — und ihre Kinder und schulpflichtigen Geschwister in der Heimat werden zum Tanz geladen. Noch trauern so manche Kriegswaisen um ihre geschehenen Väter und Erntäter — und die Kinder von Lohne haben nach dem Festprogramm des Schützenfestes von 4—6 Uhr Tanz. Arme Kriegskrippel (schleppen sich mit kaum vernarbten Wunden mühsam durch die Straßen der Stadt — und schulpflichtige Kinder werden in den Ballsaal geführt. Unerschwingliche Opfer hat der graumächtige Feind uns auferlegt — und die Kinder hier werden zur Vergnügungsuche angehalten. Ja, solch langzogene Kinder werden noch kein Verständnis und kein Empfinden haben für das Unglück unserer Tage — aber von den Eltern und der Leitung eines Schützenfestes dürfte man dieses erwarten.

**Letzte Nachrichten.**

**Explosion von Munitionsmaterial.**

TU, Berlin, 16. Juli. (Draht.) Eine große Explosion hat sich heute in Sobenschanen ereignet. Zwei Schuppen der Berg- und Süßen-Gesellschaft an der Freiwaldwerfstraße, in denen Jandker, Sprengkapseln und Pulver lagerten, sind infolge eines Brandes in die Luft geflogen. Ein dritter Schuppen war geschädigt. Die Wirkung der Explosion war so stark, daß im Umkreis von mehreren Kilometern die Fenstererfenen zertrümmert wurden. Die Wache von 6—8 Mann wird vermisst. Die Explosion ist anscheinend auf Brandstiftung zurückzuführen.

**Proteststreik in Steffen.**

TU, Steffen, 16. Juli. (Draht.) Dem Beschluß von heute morgen, zum Protest gegen den verhängnisvollen Belagerungsstand und gegen das Streikverbot der Landarbeiter in den Zustand zu treten, schloßen sich sowohl die Mehrheitsparteien als auch die Radikalen an. Der Streik ist allgemein geworden.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Hote, Verlag Druck und Verlag: Wehner Drucker und Verlag G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Wehner.

**Vorderwagen für Nähmaschinen.** Ingerterreuer, Häffelmaschinen mit 2 Messern, Strohschneider, Kultivatoren können sofort vom Lager geliefert werden. Ferner können kurzfristig geliefert werden:

**Häffelmaschinen mit 3 Messern.** Staubmühlen, Drehschneidmaschinen, Göpel, Drillmaschinen, Kartoffelroder. Reparaturen an landw. Maschinen werden schnellstens ausgeführt.

**CL & A. Hopping.**

Maschinenfabrik, Batum. — Telefon Nr. 4

**Heine. Fettkötter,**  
Gegr. 1856. Osnabrück. Gegr. 1856.  
Stahlwaren- und Waffenhaus  
empfehlen  
**Doppelpinten, Dreilaufgewehre, Tirschbüchsen, Büchsenfinten, Repetierbüchsen, Revolver, Pistolen, Zielfernrohre,**  
welche sofort montiert werden, in bester Friedensarbeit.  
**Munition**  
zu allen Waffen.  
Preisliste auf Wunsch. Wassenschein bei Bestellung. Wiederverkaufte Fäblierpreise.

**Den Herren Pfarrern empfehlen wir Kirchenbuchformulare:**  
Verzeichnis der Geborenen und Getauften, Verlobten, Proklamierten, Populierten, Verstorbenen.  
— Preis pro Exemplar 25 Pfg. —  
Wehner Drucker u. Verlag G. H.



**Schützenfest**  
zu Hinnenkamp  
am Sonntag, dem 20. Juli 1919,  
auf dem Igelmann'schen Hofe.

**Festordnung:**  
2 Uhr: Abmarsch der Schützen.  
3 Uhr: Vogel- und Preis-schießen auf  
den drei Schießständen.

**Konzert und Ball.**  
— Eintritt à Person 1 Mark. —  
Für gute Speisen und Getränke ist  
bestens gesorgt.  
Es ladet freundlichst ein  
Hm. Schürberg Der Vorstand.  
(Wirtschaft).

**Kathol. Gesellenverein, Vechta.**  
Sonntag, dem 27. Juli  
Ausflug mit Wagen zur Dammer Schweiz.  
Die Ehrenmitglieder mit ihren Frauen werden  
hierzu freundlichst eingeladen. Anmeldung zur Mit-  
fahrt bis Montag, dem 21. Juli im Gesellenhause.  
Der Vorstand.

**Schützenverein Arkeburg.**  
Am Sonntag, dem 20. und Montag, 21. Juli  
findet unser diesjähriges

**Schützenfest**  
auf dem Hofe des Herrn Fr. G. Geldhus zu  
Geldhaus statt.  
Anfang an beiden Tagen um 4 Uhr.  
**Konzert und Ball.**  
Für Volks- und Kinderbelustigung wird  
bestens gesorgt.  
Garderoben- u. Fahrradstand auf dem Platze.  
Zu recht zahlreichem Besuche laden freundl. ein  
Wirt Aug. Iwenhövel. Der Vorstand.

**Braun glasierte Kontöpfe von 2 Lit. an.**  
Für Wiederverkäufer billigste Preise.  
Einkochapparate, prima Einkochgäster,  
Kinnackgäster zum Zubinden, Klappföner,  
„Summischäuger“.  
Damme. C. S. Mähler.

**Schwefels. Ammoniak**  
gibt noch ab, solange Vorrat reicht.  
Arnold Meyer, Goldenstedt, Behnhof.

**Zahn-Praxis**  
O. von Schickh, Oldenburg.  
Friedensplatz 2. Hinter Café Klinge.  
Telefon 1703. Telefon 1703.  
Für auswärtige Patienten.  
Sprechstunden zu jeder Zeit.

**Herbststoppelrüben samen,**  
runde gelbe, runde weiße und lange Riesen.  
**Spörgelsamen u. Lupinen.**  
Bechta. P. U. Fortmann.

**Preussische Südd. Klassen-Lotterie.**  
Lose I. Klasse. 15. u. 16. Juli,  
sind zu haben, auch unter Nachnahme.  
1/2 1/4 1/2 1/4  
M. 5.25 10.50 21 42 pr. Klasse, mit/in  
" 26.50 52.50 105 210 für alle 5 Klassen.  
**Otto Wulff, Oldenburg i. D.**  
amtl. Lotter-Einnehmer.  
In Vechta: Ed. Fiegel, in Lohne: W. Kömann  
in Bönningen: Ferd. Feltzhaus, Kult.

**la frischgebrannt. Kaffee,**  
pro Pfund 12.50 Mark, empfiehlt  
Damme i. D. J. S. Wiegel.  
Kensprechter 1.

**la Gelblupinen**  
ohne Saftarten hat abzugeben.  
Bechta. D. Schröder.

**Hans Gräf, Photograph,**  
Bechta i. D., Klingenbagen.  
Aufnahmen täglich vormittags 10 bis nachmittags  
5 Uhr, außerhalb ohne Preisabschluss.  
Vergeserungen. Heimtaufnahmen.  
Fertigstellung von Amateur-Verarbeiten.

**Zigarren,**  
gehöriger Posten, garantiert rein, überreife, habe  
abzugeben nur an Wirt und Händler.  
Heinr. Blömer, Zigarrenfabrik, Salum.  
**Gelbe Dupinen**  
empfiehlt  
Gen.-Häufelschneiderei, Goldenstedt.

**Schürzen-Stoffe,**  
schwere Ware, waschfest, Meter Mk. 14.—  
**Dinklage. Wulf & Stüve.**  
**Geflügelkaff**  
(mittlere Röhre), ab Lager, lose und in Papier-  
säcken billigst.  
Bechta. P. U. Fortmann.

**Wagenholz**  
Suche auf sofort  
trodenes  
zu kaufen.  
Angebote an die Ge-  
schäftsstelle d. Blattes.  
Nehme diese Woche  
**kein Geflügel**  
ab.  
Jof. Hauselmann,  
Dintlage.

**Petroleum**  
ohne Marken.  
C. S. Mähler, Damme.  
Einen größeren Posten  
**Einriedigungs-  
Draht**  
hat billig abzugeben.  
B. Holtzhaus, Maschinen-  
fabrik u. D., Dintlage  
in Oldenburg.

**Zugohren**  
(fromm und zugfest) zu  
verkaufen.  
Eigner Rickelmann,  
Krimpenfort b. Bechta.  
Habe einige erst-  
klassige 6 bis 10  
Wochen alte  
**Zuchteber**  
zu verkaufen und  
einen 4 Mon. alten  
wegen Blutwechsel  
zu verkaufen.  
Landwirt Bramlage,  
Hogenbögen bei Bissel.

**Apfelschimmel,**  
(Rufen) fromm und zug-  
fest in jedem Geschirr.  
Sowie einen noch gut  
erhaltenen  
**Kutschwagen.**  
Boltern b. Lohne. Neu-  
bauer B. Nottinghaus.  
**200 M Belohnung**  
demjenigen, der mir wieder  
zu meiner in Verlust ge-  
ratenen  
**Geldtasche**  
(Inhalt 1350 Mk.) verhilft.  
Brüel, Ltn.,  
J. R. 65.

**1 Jahr. Kind,**  
rotbunt, entlaufen. Wieder-  
bringer erhält Belohnung.  
Schlotmann, Strohe.  
Habe ein schwarzbuntes  
**Kuhstalb**  
zu verkaufen. Näheres bei  
C. Jof. Fontomp,  
Steinfeld.

**Zigarren u. Zigaretten**  
nur echte Ware, sehr  
billig. Jedes Quantum  
sogleich lieferbar. Mühen-  
sendung gegen Einlen-  
dung von 30 Mk. Ver-  
packungsfrei, nicht gegen  
Nachnahme. Nachnahme-  
Bestellungen werden nicht  
beantwortet.  
I. Müller & Cie.,  
Münster (Rheinpfalz)

**Rot- u. Weiß-  
wein**  
abzugeben, darunter et-  
was Schweiß, abwei-  
mäßig für Hochzeiten u.  
Festlichkeiten.  
Nachfragen in der  
Geschäftsstelle d. Bl.

**Sofort**  
jeden Posten unbesetzt  
lieferbar zum Wiederver-  
kaufpreis, freil. Original  
Santitas Kette kg 20.00,  
Marfettes Kettente kg  
17.50, Englische Kett-  
kette kg 15.50, Prima  
ausländische Gtololette  
(Gtololette) kg 12.00,  
Engl. Zigaretten, 100  
Stück, Mille 285.00. Ver-  
sendet geg. Vorkauf.  
Postfach 11. Oldbr., 29844 o.  
Alfred. Warner Bank B.  
Hilden, Westf. & Co.,  
Hilden (Rhd.).

**ein Festzelt**  
Für im August ge-  
plantes Schützenfest wird  
gesucht.  
Angebote erbittet der  
Stadtmagistrat Feies-  
oythe.

**Diensmädchen**  
gesucht für Haus und  
landw. Arbeiten zu so-  
fort od. 1. Nov. [404]  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Bechta.  
In beruflich. Ansch-  
nach Münster wird  
**Mädchen  
oder Frau**  
f. Kinder u. leichte Haus-  
arbeit gesucht. Gute Ver-  
pfehlung u. Lohn. [410]  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Bechta.

**Diensmädchen,**  
für alle Arbeiten auf  
dem Lande gesucht.  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Dintlage.  
**Zeitungsauslegerin**  
für eine vom Gen.-No.  
VIII. M.-R. herausge-  
gebene Zeitung gesucht.  
Verdienst pro Exemplar  
5 Pf.  
Melbung bei der Wirt-  
schaftscompagnie J. R.  
65, Wirtschaft Sanelamp.  
19jähriger jung. Mann  
sucht [402]

**Stellung**  
als Knecht.  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Bechta i. D.  
Gesucht auf sofort einen  
**Keinen Knecht**  
für Landwirtschaft und  
Geflücht. [409]  
Landesarbeitsnachweis,  
Geschäftsstelle Bechta

**Stachelbeeren  
Johannisbeeren  
Bäbeeren**  
tauft zu hohen Preisen  
**Frz. Suerdieck.**  
**H. Kuper, Rüstringen,**  
Telephon Nr. 229,  
Telegr.: Futterhuper  
(Amt Wilhelmshafen).  
Landeserzeugnisse.  
Heu und Stroh.  
Großhandel.  
Angebote stets erwinlich

**Empfehle ab Lager  
zirka 500 Zentner  
Stückenkalk  
keine Schmelze,**  
Baugeschäft, Diepholz,  
Steinstraße Nr. 224.  
Von der  
**Reise zurück.**  
Dr. med. Schmieden,  
Spezialarzt für Hals-,  
Nasen- und Ohrenkrank-  
heiten, Oldenburg i. D.

Unsere  
**Musterausstellung**  
für Wiederverkäufer ist eröffnet.  
**Spielwaren, Puppen, Gebrauchs-  
— und Geschenk-Gegenstände —**  
Reichhaltige Auswahl. Günstige Preise.  
**Clemens Hiegrad & Co.,**  
Großhandlung,  
Oldenburg — Oldbg. Postfach 52.

**Eisenwerk Varel**  
Gegr. 1843 Varel i. G. m. b. H.  
Telegr. Eisenwerk Vareloldenburg  
Fernrufe: Nr. 20, 25 u. 42.  
**Liefert**  
Eisen- u. Metallguß, roh u.  
bearbeitet. -Konstruktionen-  
Maschinen für Molkereien, Ziegeleien,  
Mühlen usw. Fabrikanrichtungen  
Feld u. Normalbahnen. Neben usw.  
Reparaturen jeder Art.  
Zweibüro: Bremen, Oberstr. 74  
Fernruf Roland 8116  
Ingenieurbesuch  
u. Kostenanschläge  
sogar u. kostenlos.

**B. Brand**  
empfiehlt in großer Auswahl:  
**Fertige weiße  
Damen-Blusen**  
**Fertige weiße Kinder- und  
Damen-Kleider.**

**Trotz Aufhebung der Blockade**  
bleibt — Winderreifen — der beste, billigste und  
zuverlässigste Fahrradreifen für Touren, Geschäfte  
und Dienstreifen.  
Man verlange Offerte vom Vertreter oder direkt  
von der Fabrik für elastische Fahrzeugbereifung  
**Hermann Hegeler S. m. b. H., Varel i. O.**  
**Auf Verkauf-Saatwegen und  
Strubes-Winterfrostweizen,**  
1. Abfaat vom Original, in bekannter schöner  
Qualität, erbitte rechtzeitig Bestellung.  
**Dinklage. B. Wehebrink.**

**Zahnleidende!!**  
Zähne werden schmerzlos unter lang-  
jähriger Garantie naturgetreu eingesetzt.  
Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc.  
Fast schmerzlos: Zahnziehen mittels lokal.  
Anästhesie, Nerventöten, Zahnreinigung etc.  
Plattenloser Zahnersatz. Schönendste  
Behandlung.  
**Aug. Loewenstein, Zahnpraxis,**  
Lohne i. O.  
Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag  
ununterbrochen von morgens 8 bis 1/5 Uhr  
nachm. im Hause des Hotels Bitter.  
Lindenstrasse, Ecke Brinkstrasse.



Schuld!!

Zu dem Artikel unter obiger Ueberschrift erhalten wir folgende Entgegnung: In der Nr. 151 der Zeitung vom 4. 7. 1919 haben wir den Zeitschrift 'Schuld' mit großem Interesse gelesen...

Wo ist zuerst die rücksichtslose Verrennung von Kirche und Staat durchgeführt worden? In Frankreich!

Wo ist das öffentliche Leben am allermeisten durchlebt und behauptet voller Sinnlichkeit, und wo gedeiht die Schulbildung, der Jugend größter Verderb, am besten? Doch nur in Frankreich!

Zu diesen Ausführungen schreibt Dr. A., der Verfasser des Artikels 'Schuld': Ihre Entgegnung, im ruhigen und vornehmen Tone gehalten, verdient eine Antwort...

1) Ehe ich Argumente anführe, möchte ich vorwegnehmen die stille Frage stellen: Ist es wohl ganz richtig und lagen wir, vielleicht klingt es Ihnen etwas bißig, ist es wohl recht demütig und gottesfürchtig, wenn wir uns Deutsche immer für besser halten als die Franzosen und unsere andere Feinde? Unsere Gegner und auch die Neutralen geben uns eine Antwort, die sie haben sie schon gegeben, daß uns beide Ohren davon klingeln...

2) Aber vorausgesetzt und angenommen, daß die Deutschen in Wirklichkeit noch besser wären, als die Franzosen etc. folgt dann daraus, daß Gott nun auch uns wegen unserer Sünden nicht durch die Feinde hätte bestrafen dürfen? Daraus nicht! Wie oft strafe ein guter, gerechter Vater nur seinen Sohn, obgleich der Nachbarsjunge, mit dem er sich vergreift hätte, doch viel schlimmer war, als sein eigenes Kind...

Wolk Israel, wenn es sündigte, zur Strafe in die Hände der Feinde übergab, seien es die Philister oder Moabiter und Edomiter. Ganz gewiß waren die Israeliten immer noch besser, als diese heidnischen Gegner. Und doch ließ Gott die Feinde siegen und einmal sogar die Arche Gottes selbst in die Gewalt der Philister geraten...

Aber die Feinde verdienten nicht einen solchen Sieg. Daraus folgt, so sagen Sie, daß Gott unsere Feinde zum Siege geführt hat; ihre Kriegsziele und ihren Vernichtungswillen uns gegenüber als durchaus berechtigt anerkannt hat.

Das folgt aber doch wieder nicht. Kennen Sie nicht die Stelle beim Propheten Jaias (10. 5), die hier sehr gut paßt, wo Gott den Völkern grimmige Rache androht, weil sie das Maß der Strafe an Israel überschritten haben. Wehe dem Aflur, er ist die Rute und der Stab meines Orimes, in seiner Hand ist mein Jörn wider ein freies Volk...

4) Was lenkt und leitet die Welt wunderbar, aber meistens nicht mit Wunden. Wunder sind Ausnahmen. Gott läßt scheinbar die Welt ganz ihren natürlichen Lauf und bekommt doch immer seinen Willen. Jede Sünde ist strafbar...

5) Ubrigens gehen die Fäden von Deutschlands Unglück viel weiter zurück. Was war früher Deutschland im Mittelalter für ein herrliches, großes Reich! Das mächtige Reich deutsch-gedacht...

6) Doch ich komme auf Abwege; nur noch einige Worte und dann Schluss. Sie meinen, die allermeisten Menschen sind anders geartet; sie gehen wohl in die Kirche und glauben damit ein Gott wohlgefälliges Werk zu tun; ihre christlichen Pflichten und Grundzüge aber lassen sie herzlich wenig in die Tat umsetzen...

7) Und hiermit basta. Es sollte mich freuen, wenn ich durch meine Ausführungen einige Zweifel gelöst hätte. Alle zu lösen, wird auch dem größten Gottesgelehrten nicht möglich sein...

Die Wasserordnung u. die Gemeindevorstände.

Man schreibt uns: In den letzten fünf Jahren ist im Deutschen Reich vielfach über dieselben Sachen ein Wirrwarr von Meinungen und sich schiefen Auffassungen zu Tage getreten. Mit am schlechtesten und ungerechteste sind in unserer Gegend die Gemeindevorstände und Bürgermeister behandelt worden...

Sowohl von Eingeseffenen, vorab von denen, die selber wenig Grundstücke an den öffentlichen Wasserzügen liegen haben, oder solchen, die durchweg sehr mangelhaft reinigen, als von den Behörden wird, man möchte sagen, selbstverständlich der Gemeindevorsteher für den Zustand der öffentlichen Wasserzüge verantwortlich gemacht.

Das mag vorläufig genügen, um allen, welche Sand an die Röhre der Gesehgebung legen können, und denen, welche sich in Beschwerden über den Zustand der öffentlichen Wasserzüge gefallen, einmal öffentlich vorzuführen, daß man in sehr vielen Fällen die Schuld an einem mangelhaften Zustand der öffentlichen Wasserzüge sehr zu un-

recht bei den Schaubehörden sucht. Wenn man den letzteren Pflichten und die Verantwortung aufgelegt, sollte man ihnen zugleich auch die Mittel zur p r a k t i s c h e n Durchführung in die Hand geben. Und insbesondere sollten alle Gemeinde-Verwalter, welche in diesem Punkte Wasserzügen sind, allgemein feibler, besser und sachgemäßer sein, allgemein feibler nicht mit dem üblichen Epithetendichter zu einschuldigen versuchen, dann läße es besser an den Wasserzügen aus. Aus nachgelassenen Gründen will ich nicht weiter auf die Sache eingehen. Den Verleugern aber, die sehr schnell das Wort 'Ausverdingen' bereit haben, muß ich noch einige Fragen vorlegen. Soll einermagigen gesehftspredend eine Schau der vielen öffentlichen Wasserzüge der Gemeinde vorgenommen werden — mancherorten werden es über hundert sein —, so können sich alljährlich leicht zehn Fälle ergeben, wo Mängel durch Ausverdingen beseitigt werden müßten. Was nun, wenn, nachdem alle Vorbereitungen getroffen sind, Regenwetter eingeseht hat, wenn niemand, welcher praktisch die Reinigung ausführen und mit dem Sämmigen in Mißbilligkeiten geraten will, am Platze ist, wenn unverhältnismäßig und unverantwortlich hohe Preise gefordert werden, wenn der Verdingnehmer über die Solvenzfrage verlangt, wenn der Annehmer den Wasserzug etwa zu tief angeschlossen hätte? Alles Punkte, die derjenige, welcher einmal alle Instanzen beschäftigt hat, nicht für gegenstandslos ansehen wird. Was, wenn, wie es nicht selten ist, die Formulierung und Logenbeziehung im Registre so ungenau ist, daß die Lage an Ort und Stelle nicht genau zu bestimmen wäre? Was, wenn die Fragen b, c des § 2 von Artikel 12 der W.-O. zu lösen sind? Was, wenn das Amt sich der Sache bemächtigt hat, die verschiedenen Nachfragen stattdessen haben und inzwischen reichlich Regen gefallen ist? Uebrig bleibt nur der moralische Zwang. Wer aber seine Deute kennt, wird sich mit allgemeinem Urteil, welches sich auf das Nettegeheß und alles andere Versteht, nicht generell umkippen lassen. Also noch einmal: Man reinige aus eigenem und allgemeinem Interesse feie Wasserzüge an seinen eigenen Gründen besser, dann werden andere auch eher nachkommen, oder — man ändere die Wasserordnung, dann wird's besser. Die Ständebuchmanier ist ungerade, schäblich und unter den jetzigen Verhältnissen auf die Dauer auch unnutzlich. Es war hohe Zeit, dies endlich mal zu sagen, damit es rascher anders werde.

Aus dem Oldenburg. Münsterlande

Besta, 17. Juli. — Kriegerevirein Besta. In der am Sonntag 13. Juli stattgefundenen Verammlung wurden 3 Mitglieder neu aufgenommen. Der erste Vorstandsbericht eröffnete um 6.15 Uhr die Versammlung, indem er die Mitglieder, insbesondere die alten Veteranen von 66 und 70-71 auf recht kameradschaftliche Weise begrüßte. Der Vertreter des Schriftführers verlas sodann das Protokoll der letzten Verammlung, wogegen Einprüche nicht gemacht wurden. Darauf wurdte sich der 1. Vorsitzende an die Veteranen. In ternigen Worten an sie wies er darauf hin, wie sie als älteste Stützen stets fest zum Verein gehalten haben. Hier hätte sich wieder mal gezeigt, was alte deutsche Treue heißt. Nachdem er die Mitglieder ersuchte, sich zu Ehren der Veteranen von ihren Plätzen zu erheben, verteilte er die seitens des Vereins für die Veteranen gestifteten Diplome. In 1 Exemplar erhielten die Kameraden: Böttgerding, Bradmann, Dreher, Fortmann, Frage, Lübbehnen, Nagel, Niemann, Ostmann, Süßend, Thomann, Weßje. — Nunmehr teilte Kamerad Wente den Verlauf des am 29. Juni er. stattgefundenen Ausfluges mit. Der beim Preisfesten erzielte Ueberseuß von 7.75 M wurde dem Kassensührer übergeben. Eine lebhaftte Debatte entpand sich darauffin über die Anlegung der von den Vereinsmitgliedern für "unsere Kriegsgefangenen" gespendeten Beiträge, die ein recht ertruliches Resultat aufwiesen. Es wurde beschloffen, hiermit noch einige Zeit zu warten, da ja bald auf sichere Nachrichten über die entgiltliche Anknunft und Unterbringung der Gefangenen zu rechnen sei. Sollte von Seiten der Stadt Besta irgend etwas zum Empfang der Kriegsgefangenen geplant sein, dann wird der Kriegerevirein sich mit diesen gesammelten Geldern daran beteiligen. Es wurde eine Kommission, bestehend aus den Kameraden Mente, Fortmann, Amt und Fortmann, Frä, gewählt, die alles Weitere veranlassen soll. Dann sprach Kamerad Theilen über das in der Verammlung des Verbandes in Oldenburg Bernommene. Seine Ausführungen, besonders über Hinterbliebenenverorgung, Unterstügungen, Fürsorge, Zusammenkommen der Krieger- und Kriegsteilnehmer-Vereine, Kriegerevireitungen usw., waren recht lehrreich, weshalb ihm auch der 1. Vorsitzende seinen Dank zollte. Zu dem am 30. und 31. August d. Is. in Oldenburg stattfindenden Delegiertentag wurden die Kameraden Mente, Theilen und A. Tuenholth, zu Vertretern der Kameraden Bonhufen, Winter und Leg Fr. gewählt. Um 6.30 Uhr ward Schluß der Verammlung.

10. Lokale. 15. Juli. Das Geschäft der Lokaler Schöngesehft ist unter farker Beschäftigung recht anregend verlaufen. Seilweise hatte es unter Regen zu leiden, der jedoch die Festesfreude nicht lären konnte. Die Königstüchle errang Herr Schumachermeister Aug. v. Orafen, der in üblicher Weise dem Feste residierte. Am beutigen Abend schloß ein Unwatz durch Lokale



Das Fell ab. — Unser Kino, das hier im Saalkampfen Saale errichtet wurde, erfreut sich eines starken Zuspruchs. Ein Kino gehört ja auch in eine Stadt, wie Coblen es ist. Der Neubau eines künftigen Elektrizitätswerkes am Bahnhof ist begonnen. Es wird auch Zeit, daß andere Lichtverhältnisse dauernd gute werden, besonders hoffen wir das für die Straßenbeleuchtung für den kommenden Winter. Wenn wir nebenbei den Wunsch haben, daß auch der Stadtschiff, der in Zukunft starken Anprüchen ausgesetzt sein wird, durch die neue Centrale an Inhabel gewinnt, so wird man diesen Wunsch verständlich finden. — Der Posten des Reichsanwaltsführers der Stadtgemeinde steht zur Bewerbung, und wie man hört, fehlt es an Bewerberinnen nicht.

© Danne, 15. Juli. Ein Gang durch unsere ausgedehnten Fluren läßt uns beglückt der in Aussicht stehenden Ernte bezüglich der in Zukunft spannen, weil der Stand der Früchte durchweg mehr als zufriedenstellend ist. Die Roggenfelder versprechen einen mehr als mittleren Ertrag an Stroh und Körnern, und selbst der Hafer, der stellenweise durch die anhaltende Dürre gelitten, hat sich derart erholt, daß sein Ertrag die Erwartungen übertreffen wird. Sehr gut stehen die Kartoffeln im Felde, die anheimelnd von Krankheiten verschont bleiben sollen, weshalb für diese sogar eine gute Ernte erhofft werden darf. Auch hier hat der Ertrag des ersten Grashalms die Erwartungen vielfach übertroffen, besonders in den Weiden, die nicht unter der Dürre zu leiden hatten. Nur die Obsterte wird, abgesehen von Birnen, die gut angelegt haben, nur eine geringe sein, was einerseits in dem letzten Ertrage an Äpfeln im Vorjahre, und andererseits in dem maßhaltigen Fortreiten verschiedener anderer Schädlinge in diesem Frühjahr einen Grund findet. Auch die Ernte an Pfäumen wird nur eine geringe sein.

**Der Vorstand und Gesamtschuh des Südbödenburger Landbundes**

nicht an das Reichsernährungsamt, das dringende Geladen, um Erörterung baldmöglichst des Abbaus des Zwangsangebots im Interesse einer Aufrechterhaltung der Produktion. — So folches zur Zeit nicht möglich, so erucht derselbe namens seiner 12 800 Mitglieder, das Reichsernährungsamt dahin zu wirken, daß: — 1. Denjenigen Landwirten, die ihrer vom Kommunalverband festgesetzten Ablieferungsfrist bezüglich des Brotgetreides und der Kartoffeln restlos nachgekommen sind, auf Grund einer Bescheinigung der betreffenden amtlichen Stelle, die freie Verfügung, insbesondere auch das Recht des Schwandens und Veräußerens über ihre selbstgebaute oder erwogene restlichen Vorräte zuerkannt werde. — 2. Für wirklich ausreichende Freigabe von Kraftfuttermitteln zur Erhaltung eines produktiven Milchvieh- und Schweinebestandes gefordert werde. — 3. Der E. D. E. fordert bessere Belieferung mit Düngemitteln, besonders mit Stüdfisch und phos-

phorhaltigen Düngemitteln zu angemessenen Preisen, umso mehr, weil noch bedeutende Mengen solcher Düngers in der Schließhand befinden. — 4. Daß für behnöglichste Beteiligung der Kriegsgesellschaften gesorgt werde. Begründung: Die Zwangsverfassung des letzten Brotforns und der letzten Kartoffeln mag notwendig gewesen sein, sie trifft aber nur die wirklich vaterländisch denkenden Bundeleute und nicht deren landwirtschaftliche Produktion in den Milchvieh- und Schweinebeständen. Sie meidet nicht die allgemeine Volksernährung, sondern ist die Mutter der Hinterziehungen. Sie fördert nicht die Arbeit am Vaterlande und dessen Wohl, sondern untergräbt es, weil sie Dinge erzieht, die sich ausschließen.

Erhält die Landwirtschaft nicht zureichend Düngemittel, so ist auf Ertrag nicht zu rechnen. Cloppenburg, den 10. Juli 1919. gez. Meper, Vorsitzender des E. D. E.

**Aus der Residenz und dem Norden.**

**Dödenburg, 17. Juli.** Bei der Staatsanwaltschaft angeklagt wurden mehrere Inhaber von Zigarettenfabriken, die Zigaretten aus den Heeresbeständen bekommen hatten, um sie für 6 bis 7 Pfg. das Stück zu verkaufen. Mit dem Verkauf hielten sie aber mehrere Tage zurück und veräußerten dann, die Zigaretten für 20 Pfg. das Stück an den Mann zu bringen. Dies ist ihnen zum Teil auch gelückt, bis die Polizei Kenntnis davon erhielt und sofort einschritt. Ein Geschäft wurde geschlossen.

**Hochverratsprozess in Wilhelmshaven**

Am 16. Juli beginnt vor dem Schwurgericht Aurich, das aber in Wilhelmshaven tagen wird, die Verhandlung gegen sieben Kommandanten unter denen sich auch der bekannteste unter frühere Lehrer Karl Wilhelm Hauptmann, geb. am 12. November 1893, befindet, wegen des am 27. Januar unternommenen Putschs. Die Anklage ist erhoben auf Grund des § 81 Ziffer 4 Str.-G.-B., wonach wegen Hochverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft wird, wer es unternimmt, das Gebiet eines Bundesstaates ganz oder teilweise einem andern Bundesstaate gewaltsam einzuverleihen oder einen Teil desselben zum Ganzen loszureißen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.

In dem vorliegenden Falle wird den Angeklagten zur Last gelegt, zu Wilhelmshaven am 27. Januar 1919 gemeinschaftlich es unternommen zu haben, einen Teil des Bundesstaates Preußen zum Ganzen loszureißen, und zwar durch Handlungen, durch welche das Vorhaben des Hochverrats unmittelbar zur Ausführung gebracht werden

sollte. In der Verhandlung sind 67 Befehlssatzungen und eine ganze Reihe von Unfallszeugen geladen; es dürfte mindestens eine volle Woche in Anspruch nehmen. — Die Angeklagten hatten in Wilhelmshaven das sog. „revolutionäre Komitee“ gegründet und beabsichtigten eine Nordwestdeutsche Republik aus Wilhelmshaven, Oldenburg, Cuxhaven, Bremen, Braunschweig und Hannover zu bilden. Auf alle mögliche Weise hatten sie ihren Plan wohl vorbereitet. Sie versuchten selbstverständlich den eigentlichen Zweck ihres Trebens, das angeblich nur ein sozialistisches Unternehmensziel war, um die Forderungen der Revolution zu sichern. So lang es ihnen, sowohl die Berufssoldaten als auch die Arbeiterchaft zu nützen auf ihre Seite zu bringen. In der Nacht zum 27. Januar wurde der Putsch ausgeführt, und in kurzer Zeit waren die Angeklagten Herren von Wilhelmshaven, ohne irgendwo auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Das „Unternehmen“ scheiterte dann an dem von dem Angeklagten Jörn Scheinbar auf eigene Faust unternommenen Bankraub in der Reichsbank.

Zweimal suchte er diese heim, das erste Mal er sich 50 000 Mk. Notgeld, das zweite Mal 700 000 Mk., darunter 200 000 Mk. in Gold, an. Als dies am Vormittage des 27. Januar bekannt wurde, verarmten die Arbeiter und verlangten Rückgabe des gestohlenen Geldes. Auch der 21er Rat und die Berufssoldaten wandten sich nun gegen die Kommunisten, und diese mußten nach langem Sträuben sich bereit finden, das Geld wieder abzuliefern. Bei der nunmehrigen Verpackung erfolgte ein zweifaches absichtlich herbeigeführter Zwischenfall, indem eine Leuchtkugel zwischen den Säcken mit Gold und Papiergeld zur Explosion gebracht wurde. Es entstand ein Brand, und bei dessen Löschen verschwanden über 420 000 Mark. Davon wurden reichlich 100 000 Mk. im Besitz einiger Angeklagten vorgefunden; es fehlen also jetzt immer noch etwa 320 000 Mk. Die Erregung gegen die Kommunisten wurde von Minute zu Minute größer. Die Berufssoldaten bewaffneten sich, belagerten die Kaufmanns-Kasernen, in der sich die Aufständigen verschanzt hatten, und zwangen diese, sich zu ergeben. Die Gesamtbesatzung der Kasernen betrug an 500 Mann.

Der damalige „Präsident“ Kubitzki schloß nicht zu den Angeklagten. Er war schon damals sehr in den Hintergrund getreten und war zweifellos den Kommunisten nicht gewachsen. Der Angeklagte Jörn kam am 22. Januar unter dem Namen „Jörn“ von Bremen nach Wilhelmshaven. Von einem andern Angeklagten war ihm ein Blankoausweis von dem in Haft befindlichen damaligen Chef der Sicherheitspolizei Dorn besorgt worden.

**Nah und Fern.** Wiedenbrück, 12. Juli. Schußverletzung mit Hindernissen. Dem Landrat

war es gelungen, im besetzten Gebiet ausgezeichnete Herren- und Damenstühle im Wert von 200 000 Mk. für die Kreisangehörigen zu sichern. Die Schuhe waren besser und billiger, als sie zurzeit in den Ladengeschäften zu haben sind. Aus nabeliegenden Gründen erstattete ein Schuhwarenhändler der Schuhhandelsgesellschaft (Kriegsgesellschaft) in Berlin Anzeige, als die Schuhmagasin gerade in Wiedenbrück eingelaufen waren. Die Schuhverteilung wurde daraufhin telegraphisch unterjagt. Auf striktes Verlangen der Volksträte des Kreises wurden die aber zur großen Freude der Bevölkerung dennoch verteilt; sie gingen ab wie warme Semmeln. Die Schuhhandelsgesellschaft schickte nun mit dem schnellsten 20-Jahre einen Mann in den Kreis Wiedenbrück, der von den in der Verteilung befindlichen Schuhen für die Schuhhandelsgesellschaft reifen sollte, was noch zu reifen war. Eine lebensgefährliche Aufgabe. Der gute Mann hat indessen, dank dem Geschäft und der Schläue der Volksträte usw., so gut wie nichts ausrichten können. In einer abgehaltenen Versammlung wurde diese Angelegenheit besprochen. Es machte sich eine große Erbitterung gegen die Schuhhandelsgesellschaft geltend, von der ein Herr behauptete, daß in ihr Großfischen lägen, die kein Interesse daran hätten, sich selbst durch Einfuhr besserer und billigerer Schuhe aus dem besetzten Gebiet Konkurrenz zu machen. Kein Mensch würde diese Kriegsgesellschaft, wenn sie alsbald auf Nummerwiedersehen verschwinde, eine Träne nachweinen. — In Gütersloh weigerten sich die Schuhwarenhändler, die Schuhe zu verkaufen, weil ihnen zugemutet wurde, nur einen Aufschlag von 10 Prozent zu nehmen. Darauf verkaufte die Stadtverwaltung die Schuhe ohne jeden Aufschlag und ermäßigte obendrein Winterbeständen den Preis um 20 Prozent, was der Stadt 10 000 Mk. gekostet hat.

**Stimmen aus unserem Leserkreise.**

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.) Bedsta, 14. Juli. Als Richtpreis für amerikanisches, vom Reich mit Reichsfiskus verbrieflichtes Mehl sind von der Reichsregierung 82—84 S festgesetzt, wofür es auch an die Verbraucher abgegeben wird in der Stadt Oldenburg. Hier in Bedsta aber wird der Konsumanten ein Preis von 95 S abgemindert. Wie man hört, erhält der Kleinverbraucher das Mehl zu 72 S, schlägt also rund 30 Proz. darauf. Zu beachten ist ferner, daß hier das Mehl in Portionen von 2 Pfd. pro Kopf, in Oldenburg in Portionen von 1/2 Pfd. pro Kopf ausgegeben wurde; demnach könnten die Händler hier sogar noch eine 30er billiger liefern. — Wir Verbraucher bitten höflich, aber bestimmt um baldige Aufklärung. Unsere Schuld ist erloschen. Ein Verbraucher. Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Bedsta. Druck und Verlag: Bestener, Drucker und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Berleger), Bedsta.

**Bekanntmachung.** Der ungarische Rotwein ist ausverkauft.

**Bekanntmachung.** Der Magistrat wird am Montag, dem 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, eine Schau der Wasserzüge

Nr. 22, von Lepen Hauje am Imphan bis zum Moorbad, Nr. 30, beim Nagehof, Nr. 32 und 33, im Weimenmoor, vornehmen. Die Gräben sind bis zu diesem Tage gehörig aufzuräumen, insbesondere auch überall auf die bestmögliche Breite zu bringen. Der Wasserzug Nr. 22 soll eine obere Breite von 0,90 Mtr., eine Sohlenbreite von 0,40 Mtr. haben, Nr. 30 eine obere Breite von 2 Mtr., eine Sohlenbreite von 1,20 Mtr., die Wasserzüge Nr. 32 und 33 beide eine obere Breite von 1 Mtr. und eine Sohlenbreite von 0,50 Mtr. Sämtliche Wasserzüge werden bestraft, die Befreiung der Mängel wird ebenfalls auf ihre Kosten veranlaßt werden. Bedsta, den 14. Juli 1919. Der Stadtmagistrat: Berding.

**Butter** kommt von heute ab in den hiesigen Verkaufsstellen zur Ausgabe. Bedsta, den 16. Juli 1919. Stadtmagistrat.

**Fleisch- und Brotkarten-Ausgabe** am Freitag, dem 18. Juli, morgens von 9—12 Uhr und nachmittags von 4—7 Uhr im Gefellenhause. Bedsta, 16. Juli 1919. Stadtmagistrat.

**meinde Beirup.** Da der Ueberfluß der Verpflegungsgelder für die Befangenen verteilt werden soll, werden alle diejenigen, die noch Forderungen an die Befangenenlager haben, aufgefordert, ihre Ansprüche bis zum 27. Juli d. J. bei dem Bezirksvorsteher ihres Ortes einzureichen. Nach der Verteilung können dieselben nicht mehr berücksichtigt werden. Labeling.

**Fisch gebrannter Kaffee, Bd. Mk. 20. Rohkaffee, Bd. Mk. 16, Reis, Bd. Mk. 3,65, Schnittkäse, Bd. Mk. 3,50. Pfäumen, Rosinen, Citronen, Apfelsinen.** Versand unter Rechnung. Danne G. S. Mähler.

**Bekanntmachung.**

Am Sonntag, dem 20. Juli, nachm. 5 Uhr findet in Seegers Gasthause zu Lohne eine **Versammlung der Interessenten des Lohne-Nordlohner Moores** statt, wozu auch die Anlieger nördlich des Bahnhofs Dannehus und die Pächter des Hopeners Moores eingeladen werden. Es handelt sich um eine allgemeine gründliche Entwasserung des Moores; deshalb sollte kein Interessent fehlen. Schellöhne, den 15. Juli 1919. Hempelmann, Gemeindevorsteher.

**Möbelverkauf in Langförden.**

Am Montag, dem 21. Juli 1919, nachm. 2 Uhr, im Saale des Wirts Nieder zu Langförden werde ich für fremde Rechnung folgende Möbeln öffentlich meistbietend an Zahlungsfrist veräußern: 1 rote Plüschgarnitur als Sofa, Tisch, 4 Stühle und Rohrstuhl, 1 rot gebümmte div. als Sofa, Tisch und 2 Stühle, 1 grüne div. als Sofa, Tisch und 5 Stühle, 1 vertellbares Schlafsofa, 2 Sofas, rot und brauner Plüsch, 7 schwebende, sehr vornehme echte mahagoni Stühle mit schwarzen Bezug, 2 echt mahag. polierte Vertikow, 2 echt mahag. polierte große Spiegel mit Spiegelrahmen, 1 großer weißer, Kleider-schrank, 1 eintr. Kleiderschrank, 1 Schreibkommode, 1 Kommode, 2 zweifelh. Bettstellen, 4 1/2 schlaf. Bettstellen mit Matratzen, 2 Waschbänke und Nachtschränke mit Marmorplatten, 2 Waschbänke mit Holzplatten, 1 goldene Damenuhr, 1 Freischwinger, 1 Kücheneinrichtung als Glaschrank, Tisch u. 2 Stühle, 1 mahag. polierter Spielstisch, 1 vollständiges Bett, 3 Tischdecken, 1 Plüschteppich etc. etc. Sämtliche Sachen sind wie neu und können am Samstag und Sonntag im Saale des Wirts Nieder besichtigt werden. Käufer ladet ein.

**Bedsta. B. Mentz.**

Der Süd-Oldenburger Landbund (Eig. Cloppenburg) sucht einen **Hauptgeschäftsführer** (Landsekretär), der mit aller einschlägigen Fragen der Landwirtschaft durchaus vertraut und regehandelt sein muß. Günstige Anstellungsverhältnisse event. Lebensstellung. Probenleistungen erforderlich. Nur Bewerber mit allerbesten Referenzen wollen sich unter der Angabe der Gehaltsforderung melden. **Landes-Arbeitsnachweis-Geschäftsstelle Bedsta.**

**Mobilien-Verkauf.**

Wegen Fortzugs läßt B. v. d. Heide in Wiesel bei Lohne am **Dienstag, dem 22. Juli d. J., nachmittags 2 Uhr** anfangend, öffentlich meistbietend verkaufen: 1 Sofa, 1 Ausziehtisch, 7 Stühle, 1 Kleiderständer, 2 Bettstellen, eine Schreibkommode, 1 Ofen, 1 Küchenschrank, 1 Tisch, 1 K. Tisch, 1 K. Schrank, 4 Kuber Tisch und sonstige Hauskleinigkeiten. Bemerk wird noch, daß die Möbel gut erhalten und fast neu sind. Käufer ladet ein. Lohne. Kamphus.

**Verkauf eines Wohn- und Geschäftshauses.**

3. Verkaufsanlass mit Aufschlagserteilung. Cloppenburg. Frau Witwe G. Mantjes in Cloppenburg läßt wegzugs halber am **Mittwoch, dem 23. Juli d. J., mittags 12 Uhr,** in vor Anbirens Wirtshause hies. folgende Immobilien zum dritten und letzten Male zum öffentlich meistbietenden Verkaufe aussetzen: 1. das an der Osterstraße belegene, bestergerichtete **Wohnhaus** mit 0,078 ha Hofraum und Gärten. 2. einen hinter'm Wall belegenen 0,1245 ha großen, sehr ertragreichen Obst- und Gemüse-garten. Das Haus enthält große helle Räume, hat Wagenscheinpark zum Hof und eignet sich für jeden Geschäftsbetrieb. In diesem Termine wird der Zuschlag unbedingert erteilt. Nähere Auskunft erteilt auch der Rechnungssteller A. Steindt in Cloppenburg. Kaufsüchtiger ladet freundlichst ein **Wilhelm Baumbach,** amtl. Auktionator.

**La doppelt gereinigte Seradella**

in Klee- u. Grasjamen. D. Schröder, Bedsta und Schneidertua

**Oldenburgische Spar- & Leih-Bank**

Belegengeldes Aktienkapital M. 4 000 000, — Reservefonds 2 300 000

in Millionen in Bern, Biele, Cloppenburg, Delmenhorst, Eilsbeth, Jever, Lohne, Nordenham, Oerlingham, Stollham, Barel, Westerbode und Wilhelmshaven.

**Monatsübersicht per 1. Mai 1919.**

Aktiva.	
Kassafonds	M. 1 139 039 79
Kommunal-Darlehen und Hypotheken	3 551 781 03
Darlehen gegen Unterpfand	2 725 443 36
Vertrag, eig. hängende Wertpap.	16 858 598 51
(für ausschließlich mündelbare Zwecke)	
Mehel	100 136 507 91
Konto-Korrent-Debitoren	30 982 492 83
Wertpapiere	4 445 767 19
Ist nicht abzüglich Rück- und Einzahlungen	
Befriedigte Debitoren	923 615 32
Vorgebäude	670 000 —
M. 161 413 251 98	

**Passiva.**

Klein-Kapital	M. 4 000 000 —
Reservefonds	2 300 000 —
Bausparen-Bausparen-Fonds	696 639 70
Einlagen	97 308 728 69
[Daron stehen ca. 91% auf ganz u. halbjährige Kündigung]	
Ersch.-Konto	13 044 088 47
Konto-Korrent-Kreditoren	38 691 027 55
Befriedigte Kreditoren	6 377 648 57
M. 161 413 251 98	

**Die Direktion.**

Jaspers. Hurten.

**Bilanz am 31. Dez. 1918.**

Aktiva.	
1. Kassenbestand	51 408,33 M.
2. Guthaben d. Mitglieder: a. Darlehn	1 310 083,59
b. in laufender Rechnung	347 913,35
3. Guthaben bei der Anst. d. Zentralstelle	1191 004,05
4. Wertpapiere	399 900 —
5. Mobilien	10 —
6. Zinsenreste	80 158,20
Sa. 3 380 177,52 M.	
Passiva.	
1. Geschäftsguthaben d. Mitglieder	1 104 — M.
2. Sparenlagen	2 883 292,85
3. Guthaben in laufend. Rechnung bei Mitgliedern	441 445,18
4. Im voraus erhobene Zinsen	1 746,25
5. Höhe der Wertpapiere	20 017 —
6. Reservefonds	31 981,97
8. Reingehinn 1918	590,27
Sa. 3 380 177,52 M.	

Mitgliederanzahl in 1918: 0. Abgang 0. Mitgliederbestand Ende 1918: 279.

**Verkauf Spar- und Darl.-Kassen-Verein** e. G. m. b. H. Schröder. Bedsta. Bedsta. Bedsta.